



REPUBLIK ÖSTERREICH
Parlament

PLENARSITZUNG DES BUNDESRATES

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

918. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 22. Dezember 2020

Großer Redoutensaal

Stenographisches Protokoll

918. Sitzung des Bundesrates der Republik Österreich

Dienstag, 22. Dezember 2020

Dauer der Sitzung

Dienstag, 22. Dezember 2020: 14.03 – 16.13 Uhr

Tagesordnung

1. Punkt: Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden (2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – 2. SVÄG 2020

2. Punkt: Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird

Inhalt

Bundesrat

Absehen von der 24-stündigen Frist für das Aufliegen der gegenständlichen schriftlichen Ausschussberichte gemäß § 44 Abs. 3 GO-BR 3

Verlesung der vorgesehenen Fassung eines Teiles des Amtlichen Protokolls dieser Sitzung durch **Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler** 34

Genehmigung des verlesenen Teiles des Amtlichen Protokolls 35

Personalien

Verhinderungen 3

Nationalrat

Beschlüsse und Gesetzesbeschlüsse 3

Ausschüsse

Zuweisungen 3, 35

Verhandlungen

Gemeinsame Beratung über

1. Punkt: Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das

Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden (2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – 2. SVÄG 2020) (616 d.B. und 617 d.B. sowie 10528/BR d.B.)	4
Berichterstatter: Andreas Lackner	4
2. Punkt: Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird (1195/A und 621 d.B. sowie 10529/BR d.B.)	4
Berichterstatter: Andreas Lackner	4
RednerInnen:	
Andreas Lackner	5
Dr. Karlheinz Kornhäusl	6
Korinna Schumann	7
Marlies Steiner-Wieser	10
Sebastian Kolland	13
Ingo Appé	14
MMag. Dr. Michael Schilchegger	16
Günter Kovacs	19
Dr. Johannes Hübner	21
Andrea Kahofer	23
Karl Bader	25
Vizekanzler Mag. Werner Kogler	27
Bundesminister Rudolf Anschober	30
Christoph Steiner	32
Karl Bader (tatsächliche Berichtigung)	33
Annahme des Antrages des Berichterstatters zu Punkt 1, 1. gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben und 2. dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen	34
Annahme des Antrages des Berichterstatters zu Punkt 2, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben	34

Eingebracht wurden

Anträge der BundesrätInnen

Mag. Dr. Michael Schilchegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend die verbesserte strafrechtliche Sanktionierung einer vorsätzlichen Schädigung des geschützten Tier- oder Pflanzenbestandes (284/A(E)-BR)

Marlies Steiner-Wieser, Kolleginnen und Kollegen betreffend ein Verbot des betäubungslosen Schächtens (285/A(E)-BR)

Anfrage der BundesrätInnen

Markus Leinfellner, Kolleginnen und Kollegen an den Bundesminister für Finanzen betreffend nicht bezogene Beihilfen durch steirische Sozialhilfeverbände (3819/J-BR)

Beginn der Sitzung: 14.03 Uhr

Vorsitzende: Präsidentin Dr. Andrea **Eder-Gitschthaler**.

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, ich **eröffne** die 918. Sitzung des Bundesrates.

Das Amtliche Protokoll der 916. Sitzung des Bundesrates vom 16. Dezember 2020 und die nicht verlesenen Teile des Amtlichen Protokolls der 917. Sitzung des Bundesrates vom 17. Dezember 2020 sind aufgelegt, wurden nicht beanstandet und gelten daher als genehmigt.

Heute als **verhindert** gemeldet sind die Mitglieder des Bundesrates Thomas Dim, Andrea Schartel, Thomas Schererbauer, Dominik Reisinger, Günther Novak und David Egger.

Ich begrüße ganz herzlich Herrn Vizekanzler Werner Kogler bei uns. *(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky.)*

Einlauf

Eingelangt ist

der Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden, und

der Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird,

die dem Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz zugewiesen wurden und Gegenstand der heutigen Tagesordnung sind.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz hat seine Vorberatungen abgeschlossen und schriftliche Ausschussberichte erstattet.

Absehen von der 24-stündigen Auflegefrist

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Es ist mir der Vorschlag zugekommen, von der 24-stündigen Auflegefrist der gegenständlichen Ausschussberichte zu den vorliegenden Beschlüssen des Nationalrates Abstand zu nehmen. Hiezu ist eine Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen erforderlich.

Ich bitte daher jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die mit dem Vorschlag der Abstandnahme von der 24-stündigen Auflegefrist der gegenständlichen Ausschussberichte einverstanden sind, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Vorschlag ist mit der nach § 44 Abs. 3 der Geschäftsordnung des Bundesrates erforderlichen Zweidrittelmehrheit **angenommen**.

Ich habe die zuvor genannten Verhandlungsgegenstände auf die Tagesordnung der heutigen Sitzung gestellt.

Wird zur Tagesordnung das Wort gewünscht? – Das ist nicht der Fall.

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Behandlung der Tagesordnung

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Aufgrund eines mir zugekommenen Vorschlages beabsichtige ich, die Debatte über die Tagesordnungspunkte 1 und 2 unter einem zu verhandeln.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? – Das ist nicht der Fall.

Wir gehen in die Tagesordnung ein.

1. Punkt

Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden (2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020 – 2. SVÄG 2020) (616 d.B. und 617 d.B.)

2. Punkt

Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird (1195/A und 621 d.B.)

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Wir gelangen zu den Tagesordnungspunkten 1 und 2, über welche die Debatten unter einem durchgeführt werden.

Berichterstatter zu diesen beiden Punkten ist Herr Bundesrat Andreas Lackner.

Bevor ich ihn um seine Berichte bitte, begrüße ich noch sehr herzlich Herrn Minister Rudi Anschober bei uns. *(Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky.)*

Herr Bundesrat, ich bitte um die Berichte.

Berichterstatter Andreas Lackner: Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Sehr geehrter Herr Minister! Meine Damen und Herren! Ich bringe den Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über den Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Allgemeine Sozialversicherungsgesetz, das Gewerbliche Sozialversicherungsgesetz, das Bauern-Sozialversicherungsgesetz, das Allgemeine Pensionsgesetz, das Beamten-Kranken- und Unfallversicherungsgesetz sowie das Selbständigen-Sozialversicherungsgesetz geändert werden.

Der Bericht liegt Ihnen in schriftlicher Form vor, ich komme daher gleich zur Antragstellung.

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz stellt nach Beratung der Vorlage am 22. Dezember 2020 mit Stimmeneinhelligkeit den **Antrag**,

1. gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben,
2. dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Weiters bringe ich den Bericht des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz über den Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird.

Der Bericht liegt Ihnen ebenfalls in schriftlicher Form vor, ich komme daher gleich zur Antragstellung.

Berichterstatte Andreas Lackner

Der Ausschuss für Arbeit, Soziales und Konsumentenschutz stellt nach Beratung der Vorlage am 22. Dezember 2020 mit Stimmeneinhelligkeit den **Antrag**, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Vielen Dank für die Berichterstattung.

Wir gehen in die Debatte ein.

Ich darf Ihnen, Herr Bundesrat Lackner, als Erstem gleich das Wort erteilen. – Bitte.

14.08

Bundesrat Andreas Lackner (Grüne, Steiermark): Wir sind heute im Bundesrat zusammengekommen, um einen Formfehler zu reparieren. Das ist natürlich zwei Tage vor Weihnachten etwas ärgerlich, aber eben notwendig. Das Gute an der Sache ist, dass nun auch wichtige Bestimmungen, die im Sozialausschuss des Bundesrates aufgrund des Abstimmungsverhaltens der Opposition liegen gelassen wurden, doch rechtzeitig in Kraft treten können.

Das betrifft die Verlängerung der Unfallversicherungsregelung für Homeoffice bis 31. März 2021 beziehungsweise auf dem Verordnungsweg bis 30. Juni 2021, die Verlängerung der Risikogruppenregelung bis 30. Juni 2021, die Verlängerung der Schutzfrist nach Ende der Krankenversicherung für Covid-Zeiträume, ebenfalls bis 30. Juni 2021, und die Verlängerung von Regelungen, die verhindern, dass etwa Waisenpensionen während Covid einfach wegfallen könnten.

Also durchaus wichtige Dinge, für die es sich schon auszahlt, nochmals hier zusammenzukommen! *(Beifall bei Grünen und ÖVP.)*

Diese Regelungen sollen nun doch mit 1. Jänner in Kraft treten und so Sicherheit für die Betroffenen bringen. Ein rückwirkendes Inkrafttreten hätte zu Problemen führen können, etwa wenn eine an Covid erkrankte Person zwischen dem 1. Jänner und dem tatsächlichen Inkrafttreten einen Unfall gehabt hätte. Dieses Risiko können wir nun ausschalten, und das ist gut so.

Zur Sonderpensionsregelung: Neben der Ergänzung des Wortes „Verfassungsbestimmung“ vor der Inkrafttretensbestimmung werden auch Klarstellungen getroffen, die für die Administration der Ruhens- und Versorgungsbezüge der Beamten und Beamtinnen benötigt werden. Ziel ist es dabei, die letztlich wirksame Erhöhung von 35 Euro pro Monat nicht überschreiten zu lassen. In der ersten Variante standen nämlich die Worte „pro Leistung“, was eben interpretationsfähig gewesen wäre und auf die Gesamtleistung der Pensionsbezieher und -bezieherinnen bezogen werden konnte, aber eben auch auf einzelne Personen oder den einzelnen Ruhens- oder Versorgungsbezug. Im zweiten Fall hätte die Situation eintreten können, dass ein Bezieher oder eine Bezieherin eines Ruhensbezuges, also der Beamtenpension, und eines Versorgungsbezuges, beispielsweise Witwenpension, praktisch zweimal eine Erhöhung von 35 Euro bekommen hätte können. Die neue Fassung des letzten Satzes sowie die Streichung der Worte „pro Leistung“ im ersten Satz stellen nun klar, dass passiert, was wir erreichen wollen: dass die Erhöhung aller Leistungen zusammen nicht mehr als 35 Euro betragen kann.

Ich habe jetzt nur auf die Dinge Bezug genommen, die im Vergleich zum ursprünglichen ersten Beschluss des Nationalrates geändert wurden, und ich hoffe auf breite Zustimmung.

Werter Herr Vizekanzler, werter Herr Minister, Kolleginnen und Kollegen, geschätzte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Parlamentsdirektion! Ich wünsche uns allen ein frohes Fest und ein paar erholsame Tage, um die Batterien vielleicht wieder ein bisschen aufzuladen, sowie viel Gesundheit und alles Gute fürs neue Jahr! *(Beifall bei Grünen und ÖVP sowie der Bundesrätin Grossmann.)*

14.12

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl. – Bitte, Herr Bundesrat, ich erteile es Ihnen.

14.12

Bundesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl (ÖVP, Steiermark): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr verehrte Damen und Herren, die über den Livestream zugeschaltet sind! Es ist schon gesagt worden: Der Grund, warum wir heute noch einmal hier in unserer schönen Bundeshauptstadt sein dürfen – das habe ich extra jetzt für Kollegen Schreuder so gesagt (*Heiterkeit des Bundesrates Schreuder*) –, ist, dass wir ein Gesetzespaket verabschieden dürfen und werden, das wir aufgrund eines bedauerlichen Formalfehlers (*Bundesrätin Steiner-Wieser: Ist eh nicht das erste Mal!*) quasi noch einmal auf die Reise schicken mussten.

Es ist ein gutes Paket, es ist ein wichtiges Paket. Es ist ein Paket, das zusätzlich dazu beitragen soll, uns aus der gesundheitlichen, aus der sozialen und aus der wirtschaftlichen Krise zu helfen. Was weiters erfreulich ist – mein Kollege Lackner hat es vorhin angesprochen –, ist, dass dieses Paket, wie es ursprünglich gedacht war, nun um einige wesentliche Punkte erweitert wird, wie ich finde, und ich hoffe, dass wir diese heute hier gemeinsam beschließen werden. Man kann natürlich nicht auf alle Punkte eingehen, aber es sei mir vergönnt, den einen oder anderen hervorzuheben.

Da wäre zum Ersten – und das ist etwas, von dem ich finde, dass es besonders wichtig ist –, dass das Übergangsgeld, das Menschen bekommen, die sich in AMS-Bildungsmaßnahmen befinden, nicht auf die Notstandshilfe angerechnet wird. Das ist ein ganz wesentlicher Aspekt, der dazu beitragen soll, soziale Härtefälle abzufedern, und der dazu beiträgt, dass zusätzlich Tausende Betroffene ein höheres Dezember-Arbeitslosengeld bekommen.

Zum Zweiten – und das ist wichtig für unsere Unternehmerinnen und Unternehmer, für den Wirtschaftsstandort Österreich – geht es um Stundung und Ratenzahlung der Sozialversicherungsbeiträge; an dieser Stelle auch ein herzliches Dankeschön an die Sozialversicherungen für das konstruktive Miteinander. Es ist wichtig, dass wir diese Maßnahme beschließen, damit unsere Unternehmerinnen und Unternehmer nach der Krise wieder kraftvoll durchstarten können. Es ist wichtig, um die Wirtschaft zu stützen, und es ist vor allem wichtig, um wichtige Arbeitsplätze zu schützen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein weiterer Punkt – Kollege Lackner hat ihn auch schon ausgeführt – ist die Deckelung der Erhöhung bei Sonderpensionsleistungen mit 35 Euro. Ich glaube, das ist richtig, das ist verträglich, und ich denke, das sehen wir alle hier in diesem Raum so, weil eigentlich niemand will, dass diese Luxuspensionen um größere Beträge erhöht werden.

Ein Punkt, der auch in diesem Paket enthalten ist und der mich natürlich von Berufs wegen besonders freut, ist die Gesamtmaßnahme rund um die Covid-19-Impfungen, vor allem, was die Verrechnung mit der ÖGK anbelangt.

Sehr verehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir ein paar Worte zur Impfung: Ich darf sagen, gestern war ein guter Tag – ein guter Tag für Europa, ein guter Tag für Österreich. Ich hatte wirklich Freudengefühle, als per Liveticker die Meldung gekommen ist, dass die Europäische Arzneimittel-Agentur den Impfstoff durchgewunken hat. (*Bundesrat Spanring: Durchgewunken ist das richtige Wort!*) Dieser Impfstoff ist, zusammen mit all den anderen Maßnahmen, die wir setzen und weiter verfolgen müssen – das sind kommunizierende Gefäße, es ist ja damit nicht getan –, maßgeblich dafür verantwortlich, dass wir gut aus dieser Krise kommen, die die Welt schon so lange in Atem hält.

Bundesrat Dr. Karlheinz Kornhäusl

Ich darf Sie alle einladen, selbst die Impfung in Anspruch zu nehmen, wenn es denn so weit sein wird. Ich darf all jene, die hier über den Livestream zuhören, einladen, von der Möglichkeit dieser Impfung Gebrauch zu machen. Ich will mir gar nicht vorstellen, was passiert wäre, wo die Menschheit heute stehen würde, wenn wir nicht seit jeher auf die Wissenschaft und auf die geistigen Errungenschaften vieler Vorväter vertraut hätten. *(Beifall bei ÖVP und Grünen sowie des Bundesrates Arlamovsky.)*

Jedem, den es interessiert, kann ich die Homepage unseres Gesundheitsministeriums sehr ans Herz legen, wo bereits jetzt viele Fragen zur Covid-19-Impfung beantwortet werden.

Die neuen Punkte, die noch dazugekommen sind, sind wunderschön von Kollegen Lackner zusammengefasst worden. Zwei für mich wesentliche: die Verlängerung des Unfallversicherungsschutzes im Homeoffice und, was mich persönlich besonders freut, die Verlängerung der Freistellungsmöglichkeit für Risikogruppen, die es besonders zu schützen gilt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich darf zum Ende kommen. Bald ist Weihnachten, eigentlich sollte diese Zeit die ruhigste, die besinnlichste des Jahres sein. Ich glaube, wir können nicht behaupten, dass es heuer so gewesen ist: Wir blicken tatsächlich auf sehr bewegte Monate zurück, und – ich habe es das letzte Mal schon gesagt – ich bin überzeugt davon, dass die Aufgaben, die Herausforderungen, die noch auf uns zukommen, nicht weniger werden. Wann genau im nächsten Jahr eine Normalisierung eintreten wird, das kann man nicht auf den Tag genau sagen, aber ich bin der tiefen Überzeugung, dass wir im nächsten Jahr wieder eine Zeit erleben werden, wie wir sie uns alle wünschen, wie wir sie kennen und wie wir sie lieben.

Vielleicht ist es gerade, weil wir zwei Tage vor Weihnachten stehen, eine gute Zeit, darüber nachzudenken, ob diese Krise bei all dem Leid, das sie bereits verursacht hat, nicht doch da und dort einen kleinen positiven Aspekt hat und ob nicht vielleicht da und dort auch ein bisschen etwas Gutes übrig bleibt; und bei genauerer Betrachtung ist es dann gar nicht so wenig. Wenn ich eines gelernt habe und mitnehmen darf, dann, dass es in schwierigen Zeiten oft die sogenannten Soft Skills sind, die uns da durchhelfen und die manches erträglicher machen, und ich meine damit Eigenschaften wie die Fähigkeit zum Zusammenhalt, zur Solidarität, zum Aufeinanderachtgeben, Aufeinanderschauen, Aufeinanderzugehen, ich meine damit Mut und Zuversicht.

Sehr geehrte Präsidentin! Verehrter Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In diesem Sinne wünsche ich Ihnen, wünsche ich uns allen trotz allem ein paar besinnliche, ruhige Weihnachtsfeiertage, vor allem aber alles Gute und viel Gesundheit für das Jahr 2021. – Herzlichen Dank. *(Beifall bei ÖVP und Grünen.)*

14.20

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Fraktionsführerin Bundesrätin Korinna Schumann. – Bitte schön, Frau Bundesrätin, ich erteile es Ihnen.

14.20

Bundesrätin Korinna Schumann (SPÖ, Wien): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Werter Herr Gesundheitsminister! Herr Vizekanzler! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuseherinnen und Zuseher! Der dritte Lockdown, der am 26.12. in Kraft tritt, war unvermeidbar, keine Frage, der Weg dorthin hätte aber vermieden werden können. Wir haben 5 540 Covid-Tote, das ist eine bestürzende Zahl, und da sich diese Regierung ja sehr gern im Vergleich mit anderen Staaten übt: Die Zahl der Toten in Österreich ist im Vergleich extrem hoch. Es sind kalte Zahlen, aber jede einzelne Zahl ist behaftet mit Trauer, und unser tiefes Mitgefühl gilt den trauernden Angehörigen. *(Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky.)*

Bundesrätin Korinna Schumann

In der letzten von gefühlt Hunderten Pressekonferenzen, der Lockdown-drei-Verkündigungs-konferenz, hat der Kanzler eine ganz erstaunliche Analyse bekannt gegeben: Der Winter ist bei uns kalt, es gibt wenig Sonne, die Menschen halten sich mehr in den Innenräumen auf. – Na geh, erstaunlich! (*Heiterkeit bei BundesrätInnen der SPÖ.*) Aber: Das hat man ja schon im Sommer gewusst, oder? Das Klima verändert sich leider und da ist vieles zu tun, aber es verändert sich nicht so sehr, dass man nicht im Sommer schon wissen konnte, welchen Herausforderungen wir uns stellen müssen.

Wir sehen ein planloses Herumschlingern der Regierung in der Pandemiebekämpfung. Die Grundlage für den Erfolg von Maßnahmen war und ist das Vertrauen der Menschen in Österreich in das Krisenmanagement, aber die Menschen kennen sich nicht mehr aus. Was gilt jetzt wann und wie? Zuerst heißt es: Es kommt kein Lockdown mehr!, und ein paar Tage später: Jetzt drehen wir wieder zu! – Na was jetzt? Die Gefahr ist enorm groß, dass mit dieser Vorgangsweise die Bereitschaft der Menschen, den Weg mitzumachen, immer geringer wird, und dann wird es nicht gelingen, die Ansteckungszahlen so weit zu reduzieren, wie wir es brauchen, um die Versorgung in den Krankenhäusern sicherzustellen. Und: Sie machen damit allen Verschwörungstheoretikern und selbst ernannten Pandemieexperten die Tür weit auf für abstruse Theorien. Zur Bekämpfung von Corona brauchen wir aber jeden und jede Einzelne, die bereit sind, mitzumachen. (*Beifall bei der SPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky.*)

Oder: Wie war das letzten Donnerstag in der Sitzung des Bundesrates? – In den Medien war es schon verkündet worden – während unserer Sitzung –: Ein dritter Lockdown kommt, und die Landeshauptleute, ja, die würde man am nächsten Tag 3 Stunden lang informieren. Auf meine Frage sowohl an Sie, Herr Gesundheitsminister, als auch danach an Sie, Herr Vizekanzler, ob nun ein Lockdown kommt, kam aber keine Antwort. – Das ist, ganz ehrlich, bestürzend und beschämend, wie mit uns Bundesrätinnen und Bundesräten umgegangen wird. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky. – Bundesrätin Steiner-Wieser: Richtig!*)

Im Parlament wird nicht informiert, kann nichts gesagt werden, aber in den Medien ist es bereits bekannt. Wer so agiert, darf aber dann nicht auf die Bedeutung des gemeinsamen Handelns pochen. Das funktioniert nicht.

Mit der Coronakrise mit all ihren furchtbaren Auswirkungen auf die Wirtschaft, wo viele Betriebe vor einer existenziellen Bedrohung stehen, auf den Arbeitsmarkt mit 500 000 Arbeitslosen – eine unglaubliche Zahl! –, mit den Auswirkungen auf die Bildung unserer Kinder, auf unser Gesundheitssystem und mit dem Leid und der Trauer, der Einsamkeit, der Angst und der Depressionen, die sie verursacht, kann man nicht spielen, auch nicht für parteipolitische Interessen, und man darf sie nicht verharmlosen. (*Beifall bei der SPÖ.*)

So zu tun, als hätte man aufseiten der Regierung alles im Griff, ist mehr als unglaubwürdig. Pandemiebekämpfung kann nur transparent, nachvollziehbar, vorausschauend und in bester vorheriger Absprache mit den Ländern funktionieren.

Das führt mich zum Thema des angekündigten Freitestens nach dem Lockdown. Man tut sich schon sehr schwer mit dem Begriff des Freitestens. Frei wovon? Freitesten heißt nicht, man ist frei davon, sondern man kann sich bereits Stunden später wieder anstecken. Freitesten, alles Testen ist eine Momentaufnahme. Und sprunghaft ist auch da die Handlungsweise der Bundesregierung: Zuerst wird medial abgetestet, ob nicht sozusagen ein Gutschein, eine Bonuslösung das Bessere wäre, damit man die Menschen dazu bringt, dass sie sich testen lassen. Nein, das funktioniert doch nicht so gut, wurde abgefragt – na gut, dann die harte Vorgangsweise des Freitestens.

Aber Freitesten ist eine sehr heikle Angelegenheit, dazu sind x Fragen, vor allem aus der Sicht der Länder, noch offen: Wie wird denn das organisiert? Wer wird das Testergebnis dokumentieren? Wie wird es kontrolliert? Wie werden die Betriebe in die Tests

Bundesrätin Korinna Schumann

miteinbezogen? Was bedeutet das für eine Millionenstadt wie Wien, die eine ausgezeichnete Teststrategie hat? – Alles nicht im Vorfeld abgesprochen.

Testen ist wichtig, absolut, und es muss regelmäßig erfolgen, nur so kann es funktionieren. Und lassen Sie mich als Gewerkschafterin auch noch sagen: Testen muss in den Betrieben funktionieren, und es muss in der Arbeitszeit möglich sein, sich testen zu lassen. *(Beifall bei der SPÖ.)* Und bitte zahlen Sie den Betrieben die Tests, das ist ganz wichtig! Direkt im Betrieb zu testen ist eine gute Strategie, ebenso wie die Strategie, alle Berufsgruppen und Branchen zu testen, die besonders betroffen sind, sei es die Gesundheitsbranche, seien es die Pflegeheime, seien es die Schulen, seien es die Kindergärten. Da braucht es eine Gesamtstrategie und eine Teststrategie. Das wäre sinnvoll, und das ist längst notwendig. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Schulen werden wieder geschlossen. Sie arbeiten durch diese fehlende Bildungsstrategie und Teststrategie ganz fleißig an einer Generation Corona. Wir fordern auch hier schon lange Testungen in den Schulen. LehrerInnen und Schüler müssen regelmäßig getestet werden, und die Schulen müssen offen bleiben. Die Schule muss ein sicherer Ort sein, und wir können uns eine verlorene Bildungsgeneration keinesfalls leisten.

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten lehnen ein allgemeines Freitesten der Bevölkerung ab. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Auch bei den Impfungen kann man nur auf Freiwilligkeit setzen. Für die Impfungen, die kommen werden, braucht es auch eine klare, transparente Information, die Ängste nimmt, damit sich so viele Menschen wie möglich impfen lassen. Aber auch da fehlt die Transparenz: Wie werden die Impfstoffe gelagert? Es braucht zwei Impfdosen. Wie wird das vor sich gehen? Wie kann sicher geimpft werden? Unter Anwesenheit von Ärzten? – Alles das muss geklärt werden. *(Die Rednerin kann aufgrund von plötzlichem Hustenreiz nur mit Mühe weitersprechen. – Vizekanzler Kogler stellt ein auf der Regierungsbank stehendes Wasserglas auf das Rednerpult.)* Vielen Dank! – Prost! *(Die Rednerin trinkt aus dem Wasserglas. – Beifall bei der SPÖ sowie bei BundesrätInnen von ÖVP und Grünen.)*

Die erste Impfung soll europaweit am 27.12. stattfinden, auch in Österreich. Es ist eine sehr kluge Strategie der EU gewesen, dass alle Staaten gleichzeitig impfen, ein kluger Plan, und trotzdem: Die Menschen sind nicht gut genug informiert. Wenn am 27.12. die erste Impfung stattfindet, brauchen die Menschen ganz klare Informationen dazu: über Risiken, über Auswirkungen, über das, was diese Impfung bedeutet. Nur so können Sie die Menschen mitnehmen und sagen: Ja, bitte lasst euch impfen! – Es braucht die Information, und es braucht eine klare Informationsstruktur. Da reicht es nicht, auf die Homepage des Gesundheitsministeriums zu schauen, sondern es muss alle Menschen erreichen, damit sie wissen, wie wichtig und wie gut diese Impfung ist und welche Auswirkungen sie hat. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir brauchen die Impfung, denn es ist dringend Zeit, dass wir wieder zur Normalität zurückkehren, dass wir uns auf die Bekämpfung der Folgen für die Unternehmen, für die Wirtschaft und für den Arbeitsmarkt konzentrieren können. Noch ein Lockdown wäre verheerend.

Zum Thema Pensionen darf ich noch etwas mitgeben, weil es ganz, ganz wichtig ist. Wir werden natürlich dem reparierten Gesetz, das vorliegt, zustimmen, aber ich möchte nur ein paar Worte zu den Frauenpensionen sagen. Der Frühstarterbonus - - Ich weiß gar nicht, wie man sich so einen Namen hat einfallen lassen können, denn es ist, Kollege Schachner hat es in einer seiner Reden schon richtig gesagt, eine Verhöhnung der Lehrlinge. Denn: Was ist denn normal? Wann ist denn der richtige Berufseinstieg? Das heißt, der frühere Einstieg ist der nicht normale?! – Also das ist wirklich keine gute Botschaft, und dieser Bonus hilft in keiner Weise, den Pensionsunterschied zwischen Frauen und Männern, der 42 Prozent beträgt, zu verringern. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Bundesrätin Korinna Schumann

Die Gewerkschaftsfrauen haben bereits im Frühjahr ein Pensionsmodell zur besseren Anrechnung der Kindererziehungszeiten vorgelegt. Dieses Modell bedeutet wirklich eine Verringerung der Pensionsunterschiede und eine bessere Absicherung von Frauen im Alter. Frauen tragen, das sehen wir jetzt in der Krise, die Hauptlast der unbezahlten Familienarbeit. Wie wichtig wäre es daher, dieses Pensionsmodell umzusetzen, insbesondere weil es die Logik des Pensionskontos nicht stört und rasch umgesetzt werden kann!

Wir haben es mehrfach vorgestellt, es wird gewerkschaftlich von allen Fraktionen getragen, aber kein einziges Mal wurde vonseiten der Regierung mit uns darüber gesprochen. Die Bekämpfung der Altersarmut, besonders die der Frauen, scheint die Regierung nicht wirklich zu interessieren. Aber das wundert einen nicht – Sie haben den Lockdown zwei dafür benutzt, die Abschaffung der abschlagsfreien Pensionen für Langzeitversicherte zu beschließen und gleichzeitig auch die Kürzung der Pensionen durch die Aliquotierung der Pensionsanpassungen. Das ist Pensionsraub erster Güte, und den haben Sie zu verantworten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten werden nicht müde werden, für eine gute staatliche Altersversorgung der hart arbeitenden Menschen zu kämpfen, und genauso werden wir genau beobachten, wie Sie in der und nach der Krise mit unserem wichtigen Sozialstaat und seiner Finanzierung umgehen.

Zum Abschluss möchte ich Ihnen aber trotz allem ein fröhliches Weihnachtsfest wünschen und für das Jahr 2021 Zuversicht, denn Zuversicht ist das, was wir jetzt ganz, ganz dringend brauchen, und wir werden sie haben. – Vielen Dank. *(Beifall bei der SPÖ, bei BundesrätInnen von ÖVP und Grünen sowie des Bundesrates Arlamovsky.)*

14.31

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser. – Bitte, Frau Bundesrätin, ich erteile es Ihnen.

14.32

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser (FPÖ, Salzburg): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Herr Minister! Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Hier sind wir also versammelt zu löblichem Tun, zum wiederholten Mal innerhalb von zehn Monaten wegen einer Sondersitzung – einer Sondersitzung deswegen, weil es diese schwarz-grüne Regierung zum wiederholten Male nicht geschafft hat, ein Gesetz rechtskonform und ordentlich auf den Weg zu bringen.

Das Problem ist eure neue Erfindung mit diesen Sammelgesetzen. In diese Sammelgesetze werden x Gesetze reingepackt, und da kann das schon vorkommen. Ich meine, es ist schon schwierig genug, ein Gesetz zu erstellen, zu erarbeiten, aber mit einem Sammelgesetz, in dem man unter Umständen zehn, 15 Gesetze drinnen hat, eine ordentliche Arbeit abzuliefern, das ist ja fast unmöglich. Die Rechnung kriegen wir Parlamentarier präsentiert, indem wir zu Sondersitzungen fahren dürfen. Die Rechnung kriegen die Bürger draußen präsentiert, weil wichtige Gesetze, wie wir sie auch heute beschließen, nicht beschlossen werden können – und das ist absolut nicht notwendig! Wir Freiheitliche haben ja da zum Beispiel einen Antrag für ein Teileinspruchsrecht eingebracht. Was tut die Regierung, obwohl sie immer vom großen Schulterschluss mit den Oppositionsparteien, mit allen zusammen spricht? – Sie lehnt das ab. Es wäre aber eine gute Idee gewesen, ein Teileinspruchsrecht zu erarbeiten. *(Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.)*

Es zieht sich durch wie ein roter Faden. Vor zehn Monaten hat diese schwarz-grüne Regierung begonnen, das österreichische Volk in Geiselnhaft zu nehmen und mit Angst, Schrecken und Panik zu arbeiten. Und nicht nur das, denn seit zehn Monaten werden uns Freiheitsrechte genommen, und das Land wurde wirtschaftlich an die Wand gefahren.

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser

Seit Beginn der Coronakrise taumelt diese, ich sage es jetzt einmal, Chaosregierung von einem Hoppala zum nächsten. Auf dramatische Art und Weise wird uns immer wieder vor Augen geführt, wie dilettantisch da eigentlich gearbeitet und agiert wird, und es werden sämtliche, ich habe es vorhin gerade angeschnitten, gute Vorschläge und Anträge der Opposition einfach abgewürgt und vom Tisch gefegt.

Dafür aber haben ÖVP und Grüne Gesetze beschlossen und Verordnungen auf den Weg gebracht, welche völlig überbordend und unverhältnismäßig sind. Die Menschen draußen im Land müssen es bitter büßen, was ihr ihnen da einbrockt. Wir werden eingeschränkt, wir werden überwacht, wir werden kontrolliert, das Denunziantentum und das Spitzelwesen werden gefördert. Den Vogel habt ihr aber damit abgeschossen, als die Idee aufgekommen ist, dass man den Menschen die Polizei zur Kontrolle nach Hause, in die privaten Räumlichkeiten schickt. Gott sei Dank seid ihr bei dieser Idee wieder zurückgerudert, wie auch bei vielen Verordnungen, bei vielen Gesetzen, bei denen ihr auch zurückgerudert seid oder die der Verfassungsgerichtshof halt aufgehoben hat.

Aber geht es euch noch gut? Die Polizei in die Privaträumlichkeiten hineinzuschicken?! Das ist tiefster Verfassungsbruch, das geht ja gar nicht! Das hat mit einem freien Staat nichts mehr zu tun. *(Beifall bei der FPÖ und bei BundesrätInnen der SPÖ.)* Das hat mit einem freien Staat nichts mehr zu tun! Die DDR lässt grüßen. Erich Honecker hätte sich einiges von euch anschauen können, was er nicht noch alles seinem Volk aufs Auge hätte drücken können. Ich warne eindringlich davor, dass wir mit eurer Drüberfahrpolitik Gefahr laufen, in ein Dollfuß-Regime oder irgendein anderes totalitäres Regime abzurutschen. Ich warne eindringlich davor! Bei uns werden schon gesunde Menschen, gesunde Menschen ohne Symptome zu Zwangstestungen geschickt, und wenn sie nicht testen gehen, müssen sie mit Maßnahmen rechnen. Ich meine, das hat ja mit Freiwilligkeit nichts zu tun. Das ist ja ein Treppenwitz, wenn man da von Freiwilligkeit spricht. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wissen Sie eigentlich, Herr Minister, Herr Vizekanzler, liebe Schwarz-Grüne, dass es im Strafgesetzbuch Bestimmungen gibt, nach denen ihr, wenn man sich die genauer anschaut, durch eure Handlungen eindeutig Tatbestände erfüllt? Ich denke da an § 110 oder § 99, Freiheitsentziehung, oder § 105, Nötigung, aber besonders interessant, das möchte ich euch nicht vorenthalten und ich lese es euch auch vor, ist § 275, Landzwang. Im § 275 steht:

„Wer die Bevölkerung oder einen großen Personenkreis durch eine Drohung mit einem Angriff auf Leben, Gesundheit, körperliche Unversehrtheit, Freiheit oder Vermögen in Furcht und Unruhe versetzt, ist mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren zu bestrafen.“

Abs. 2: „Hat die Tat [...]

2. eine schwere Schädigung des Wirtschaftslebens [...] zur Folge [...]

so ist der Täter mit Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu fünf Jahren zu bestrafen.“

All diese Bestimmungen gelten für jeden Bürger in diesem Land, aber anscheinend nicht für diese schwarz-grüne Regierung. Diese schwarz-grüne Regierung kann unsere Grund- und Freiheitsrechte mit Füßen treten, und es passiert nichts. Sie können die Bürger eines ganzen Landes einsperren, erlassen absurde Gesetze, Verordnungen, Regelungen, Gebote, Verbote, die müssen dann wieder zurückgezogen werden oder der Verfassungsgerichtshof hebt sie auf, weil sie schlichtweg verfassungswidrig sind. *(Beifall bei der FPÖ sowie des Bundesrates Beer.)*

Den Menschen draußen reicht es schön langsam, die Menschen draußen haben die Nase gestrichen voll von euren Maßnahmen. Die Wirtschaft wurde durch diese Murkspolitik für Jahre nachhaltig geschädigt und Hunderttausende Menschen sind in die Arbeitslosigkeit geraten oder in die Kurzarbeit geschickt worden. Wir haben uns einmal die

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser

Mühe gemacht, eine Chronologie eures Versagens zusammenzufassen, und sind dabei auf neun DIN-A4-Seiten gekommen. Ich möchte nur ein paar von euren ach so tollen Maßnahmen, die nur die Bürger belasten, wieder einmal in Erinnerung rufen.

Im Februar, März, als die ersten Covid-Fälle aufgetreten sind, hat man es nicht der Mühe wert gefunden, die Grenzen dicht zu machen, obwohl die Opposition darauf aufmerksam gemacht hat. Das wäre das Erste gewesen, was wir getan hätten, aber man ist da noch als Hysteriker abgewiesen worden.

Das Epidemiegesetz ist ausgehebelt worden. Ich komme auf Ischgl; das haben wir heuer eh schon so oft gehört. Ischgl, Paznauntal: Man hat die Touristen einfach ungetestet ausreisen lassen und wurde dadurch zum Spreader für ganz Europa. Der Verfassungsgerichtshof hat Ihre Ausgangsbeschränkungen als gesetzwidrig empfunden und sie aufgehoben. Sie haben unzählige Verordnungen aufheben und korrigieren müssen.

Jetzt sage ich Ihnen, wie die Leute draußen zu Ihnen sagen – das darf ich hier ja wohl noch sagen –, sie reden nur mehr von Rudi Ratlos. Das ist nimmer Minister Anschober, sondern das ist Rudi Ratlos.

Es sind Schikanen und Bürokratismus für Unternehmer bei den Ausgleichszahlungen aus dem Härtefallfonds aufgetreten. Manche KMUs warten heute noch auf ihr Geld. Oder der sogenannte Ostererlass: Es war ja ein Witz, bitte gar schön, dass Sie uns Ostern genommen haben. Weiters die Coronaapp, die Coronaampel. Im Frühsommer sind 10 Millionen sogenannte FFP2-Masken bestellt worden, und im November hat sich dann herausgestellt, dass sie eigentlich schadhaft sind. Dann hatten wir Lockdown eins, zwei und drei. Ihr habt den ganzen Sommer nur viel geredet und heiße Luft von euch gegeben, aber ihr habt es verschlafen. Dafür gab es 127 Pressekonferenzen, wobei bei einer Pressekonferenz auf die nächste verwiesen wurde. Das war der einzige Zweck dieser Pressekonferenz – etwas eigenartig.

Beim Budget sind sechs Nullen vergessen worden, dafür habt ihr euch im nächsten Budget 210 Millionen Euro für PR, Marketing und Werbung gegönnt, und im selben Atemzug ist die abschlagsfreie Hacklerpension, die nur 30, 40 Millionen Euro gekostet hätte, abgeschafft worden. Ihr habt die unsinnige Maskenpflicht für Kinder eingeführt – und, und, und. Es zieht sich wie ein roter Faden durch, was ihr da verbockt habt.

Jetzt setzt diese schwarz-grüne Regierung dem Ganzen noch die Krone auf – ich sehe es als trotzig Reaktion auf den Massentestflop, den wir hatten –: Alle Österreicher sollen ab dem zweiten Weihnachtstag, ab dem 26., ab dem Stefanitag – man gönnt uns ja nicht einmal Weihnachten ganz – schon wieder für drei Wochen eingesperrt, weggesperrt werden. Dann müssen wir testen gehen. Und für den, der das nicht macht, wird der Hausarrest verlängert. Ja, geht's noch, bitte? Das ist ja vielleicht schon eine Vorstufe zum Impfwang. – Nein, so nicht, so nicht! Ich bin keine Impfgegnerin. Ich habe euch meinen Impfpass mitgebracht (*einen Impfpass in die Höhe haltend*), er stammt aus dem Jahr 1963, seit meiner Geburt habe ich den. Ich habe alle Impfungen eingetragen, die ich habe machen lassen und die vernünftig sind – die gängigen und auch jene wegen meiner Fernostreisen. Uns Österreicher aber als Versuchsobjekte für Impfungen zu verwenden – das geht nicht! Der gesamte klinische Teil der Impfstoffprüfung ist nicht abgeschlossen, der Impfstoff ist nicht erprobt, und wir wissen nicht, welche nachhaltigen Schäden er mit sich bringen wird. – Nein, nein und nochmals nein! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Wenn wir zum Coronatest gehen – ich habe mich übrigens heute Vormittag testen lassen, und das war nicht das erste Mal, ich war heute zum fünften Mal testen – und wenn wir impfen gehen, dann machen wir das freiwillig und nicht mit Zwang und Androhung von Maßnahmen. Darum bin ich stolz darauf, Freiheitliche zu sein: In unserer Parteibezeichnung steht das Wort frei, und wir Freiheitliche leben diese Freiheit auch und

Bundesrätin Marlies Steiner-Wieser

möchten den Bürgern mitgeben, dass sie diesbezüglich keine Sorge haben müssen: Es gibt Menschen, die für ihre Freiheit kämpfen! – Vielen Dank. (*Anhaltender Beifall bei der FPÖ.*)

14.43

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Sebastian Kolland. – Bitte, Herr Bundesrat, ich erteile es Ihnen.

14.43

Bundesrat Sebastian Kolland (ÖVP, Tirol): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich habe bei den zwei Vorrednern versucht, irgendeinen Konnex zur Tagesordnung zu finden, aber es ist mir nicht gelungen. (*Heiterkeit der Bundesrätinnen Eder und Miesenberger.*) Ich bitte um Verständnis, ich bin von meiner Arbeit als Gemeinderat nicht gewohnt, dass über alles Mögliche, aber nicht über die Tagesordnung gesprochen wird. (*Beifall bei ÖVP und Grünen. – Bundesrätin Steiner-Wieser: Parlamentarismus!*)

Ich versuche, mich an die Tagesordnung zu halten, und darf zu Punkt 2 – zum Bundesbezügegesetz – Stellung nehmen. (*Bundesrat Schennach: Nur zur Sache!*) Mir ist durchaus bewusst, dass die Forderung nach Nulllohnstunden in der Politik populär ist und es wohl kein besseres Thema gibt, um politisches Kleingeld zu wechseln. Das war 2018 so, das war 2019 so und das ist auch jetzt so. Eines aber, glaube ich, dürfen wir alle nicht vergessen, und auch diesen Punkt bitte ich zu berücksichtigen: dass wir bei dieser Diskussion in gewisser Weise auch immer alle im gleichen Boot sitzen, denn was vonseiten der Politik – und zwar im Gesamten, unabhängig von der jeweiligen Partei – damit auch ständig mitkommuniziert wird, ist, dass das, was vonseiten der Politik geleistet wird, nicht das wert ist, was man dafür bekommt.

Das ist, glaube ich, schon ein Urteil, das dann alle trifft – nicht nur die Regierung, sondern alle Parteien: die SPÖ, die Grünen, die NEOS, die ÖVP, die FPÖ. Da sitzen alle im selben Boot, und ob es auf Dauer gescheit und der Demokratie zuträglich ist, wenn man sich vonseiten der Politik ständig selbst nach unten lizitiert, stelle ich schon infrage und bezweifle es. Nur um das klarzustellen: Ich rede dabei nicht von Privilegien wie beispielsweise Politikerpensionen, die zu Recht abgeschafft worden sind – das ist etwas anderes.

Ich glaube, eines muss man abseits der Polemik auch sehen – das darf man hier auch erwähnen –: Auch für die Politik war dieses Jahr in jeder Hinsicht ganz außergewöhnlich. Die Parlamentsdirektion hat heute auch Zahlen dazu veröffentlicht: 179 Gesetze und 20 Staatsverträge wurden dieses Jahr beschlossen. Es wurden – die Ausschüsse eingerechnet – deutlich über 1 000 Sitzungsstunden abgehalten, und der Nationalrat ist mit 68 Mal so oft wie noch nie in der Geschichte der Zweiten Republik zusammengetreten – auch das braucht man meines Erachtens nicht zu verschweigen, auch das kann man durchaus einmal sagen. (*Bundesrat Spanring: Aber nur wegen der Sondersitzungen wegen eurer Fehler!*) – Das ist richtig, auch das gehört dazu.

Trotz allem sehe ich natürlich gerade in Krisenzeiten schon auch die Berechtigung der Forderung, dass die Spitzenpolitik mit gutem Beispiel vorangehen muss. Die Regelung, die gestern im Nationalrat beschlossen wurde – die Gehälter der Spitzenpolitiker vom Bundespräsidenten abwärts einzufrieren und damit auch ein Zeichen zu setzen –, ist deshalb auf jeden Fall ein guter Mittelweg, geschätzte Kolleginnen und Kollegen.

Auf etwas möchte ich aber schon auch noch eingehen: Es ist ja durchaus auch eine erhobene Forderung, auch bei den Bürgermeistergehältern anzusetzen. Ich glaube, wir haben in dieser Pandemiezeit ganz besonders gesehen, wie wichtig und wie unverzichtbar die Arbeit der Gemeinden bei uns ist. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

Bundesrat Sebastian Kolland

Das beginnt beim Lockdown im Frühjahr, in dem es vor allem die Gemeinden waren, die in ganz kurzer Zeit Unterstützungsangebote für Bürgerinnen und Bürger, die Unterstützung benötigten, die selbst keine Einkäufe machen konnten, aufgesetzt haben. Das alles ist über die Gemeinden, über die Bürgermeister gelaufen. Wir haben es auch jetzt bei den Testungen gesehen – unabhängig davon, ob man sie nun für gut oder für nicht so gut hält –: Die Gemeinden waren es, die gemeinsam mit den Freiwilligen in kürzester Zeit eine absolut perfekte Infrastruktur aufgestellt haben. All diese Leistungen sollte man auch sehen. Gerade auch hier im Bundesrat, im Nationalrat, auf allen Ebenen wird immer betont, wie wichtig die Kommunalpolitik ist; den Bürgermeistern dann auf der anderen Seite die Inflationsabgeltung zu verwehren, passt für mich nicht zusammen. Deshalb bin ich froh, dass diese Regelung jetzt anders getroffen worden ist und die Kommunalpolitik – – (*Bundesrätin **Schumann**: Das ist ja nicht wahr!*) – Natürlich stimmt das! (*Widerspruch bei der SPÖ.*) Ihr Kollege, Herr Muchitsch, hat gesagt – – (*Zwischenruf der Bundesrätin **Schumann**. – Bundesrat **Schennach**: Das ist falsch! Ein bisschen mehr konzentrieren!*) Herr Muchitsch hat gesagt, 4 560 Euro brutto – – (*Neuerlicher Zwischenruf der Bundesrätin **Schumann**. – Bundesrätin **Grimling**: Ausgenommen die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister!*)

Auf jeden Fall ist es gut, dass diese Regelung nun so getroffen worden ist, und ich hoffe auch auf breite Zustimmung zu dieser Gesetzesvorlage, so wie auch im Nationalrat.

Abschließend – um hier wieder ein bisschen Harmonie hineinzubringen – ist es auch mir ein Anliegen, Ihnen allen ein schönes Weihnachtsfest zu wünschen, einen guten Rutsch, auf dass wir uns im neuen Jahr 2021 alle gesund wiedersehen! (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

14.48

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Ingo Appé. – Bitte, Herr Bundesrat, ich erteile es Ihnen.

14.48

Bundesrat Ingo Appé (SPÖ, Kärnten): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Herr Kollege Kolland, ich glaube, es ist legitim, bei Anwesenheit des Herrn Vizekanzlers und des Herrn Gesundheitsministers im Hause auch das Thema des bevorstehenden harten Lockdowns anzusprechen (*Beifall bei der SPÖ*), denn dieses Thema betrifft uns alle.

Pannen pflastern den Weg dieser Regierung, sonst säßen wir heute nicht hier.

Herr Bundesminister, auch ich muss noch einmal an die Debatte vom vergangenen Donnerstag anschließen. Ich hätte mir eigentlich nicht von Ihnen erwartet, dass Sie die dezidierte Frage meiner Kollegin Schumann, ob es – es kursierten bereits entsprechende Medienberichte – nach Weihnachten zu einem harten Lockdown kommen werde, nur mit einem Schweigen quittieren. Sie, Herr Vizekanzler, haben dem mit einem allgemeinen Wischiwaschi zu dieser Fragestellung dann noch die Krone aufgesetzt. Anscheinend ist es dieser Regierung wirklich wichtiger, Medien zu füttern, als das Parlament ordnungsgemäß zu informieren. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wie man sieht, ist dieser Regierung ein PR-Foto mit einem Babyelefanten und einer Schokobanane wichtiger als ein kompetent vorbereitetes Konzept für die Zukunft. Sinnvoller wäre es, wenn Sie, Herr Vizekanzler, Herr Bundesminister, aber auch der Herr Bundeskanzler sich als Vorbild als Erste impfen lassen würden, anstatt sich, wie es der Herr Bundeskanzler über die Medien ausgerichtet hat, erst später impfen zu lassen. So wie es derzeit aussieht, werden Sie es wieder versammeln, so wie Sie die Aktion der Massentests versammelt haben, das Ampelsystem, die Coronaapp und, und, und.

Wie sieht sie aus, die Strategie nach dem dritten Lockdown, um einen vierten zu verhindern? (*Bundesrat **Steiner**: Gibt es keine!*) Wie soll es nach den Tests weitergehen? Gibt

Bundesrat Ingo Appé

es dann Armbänder in Grün wie bei Zeltfesten, wenn man den Abstrich hinter sich hat, damit man am öffentlichen Leben wieder teilnehmen kann und nicht eine Woche Hausarrest riskiert, weil man keinen Test absolviert hat? Derzeit wirkt das wieder wie eine planlose Aktion, und dann wundern Sie sich, wenn die Bevölkerung das Vertrauen verliert und sich keiner mehr auskennt.

Der Kreislauf der Infektionen folgt derzeit einem verfolgbaren Rhythmus. Daraus wird mit der jetzigen Vorgangsweise keine Ausfahrt gefunden. Es freut mich, dass ich Ihnen heute einmal ein Taferl zeigen kann, Herr Bundesminister, auf dem dargestellt ist, wie der Weg der Infektionen verläuft (*eine Tafel in die Höhe haltend, auf der der angesprochene Kreislauf dargestellt ist*): Die Zahl der Infektionen steigt – die Politiker ordnen Maßnahmen an – die Maßnahmen wirken – die Kurve flacht ab. Wir sind auf dem richtigen Weg, doch was passiert dann? – Wahrnehmung der Bevölkerung: Der Virus ist doch gar nicht so gefährlich! – Menschen vernachlässigen die Regeln – die Zahl der Infektionen steigt wieder. (**Bundesrat Steiner**: *Es sind also die Menschen schuld!*)

Das ist der Kreislauf, aus dem man derzeit nicht herauskommt. Wenn man da nicht einschreitet, ist man im Film „Und täglich grüßt das Murmeltier“. (*Beifall bei der SPÖ.*) Mit einer überlegten Impfstrategie kann der Ausgang gefunden werden.

Gerade jetzt wäre es die Aufgabe der Regierung, nicht Angst zu verbreiten, sondern aufzuklären, zu versuchen, Verständnis zu finden und Vertrauen zu erwecken. Sie schaffen es mit Ihrem Kanzler nicht, eine glaubwürdige Kommunikation aufzubauen. Noch am Mittwoch erklärten Sie öffentlich, was getan werden müsse, um den dritten Lockdown zu verhindern, bevor Sie diesen am Freitag ankündigten. Mit dieser Vorgangsweise und den derzeit bekannten Plänen verstärken Sie noch den Eindruck von Chaos, von geplanten Zwangstestungen und Zwangsimpfungen, wobei diese gar nicht im Raum stehen oder zur Diskussion stehen, aber mit Schlagwörtern wie Freitesten oder Freimpfen befeuern Sie noch die Verschwörungstheorien.

Mit einem harten Lockdown, Freitesten und Freimpfen verlassen Sie den demokratischen Weg. Es gibt in dieser Republik noch immer Grund- und Freiheitsrechte. Der derzeit begangene Weg ist ein sehr schmaler und führt in eine Richtung, die keiner von uns will. Es ist auch die Aufgabe der Regierung und des Parlaments, gegenzusteuern, um zu verhindern, dass Widerstand gegen die Staatsgewalt provoziert wird. Daher wäre es dringend notwendig, aufzuklären, anstatt Zwangsdrohungen auszusprechen, denn, wie gesagt, Freiheitsbeschränkungen sind ein gefährliches Spiel mit den demokratischen Grundwerten.

Kritik und Widerspruch der Opposition müssen erlaubt sein, aber „sie müssen Maß nehmen am großen Ganzen“. Gerade unsere Parteivorsitzende und exzellente Fachexpertin auf diesem Gebiet „zeigt, dass es dafür eine Tonlage gibt. Der Kanzler hätte sich der SPÖ früher öffnen sollen. Auch das ist Krisen-Erwartung, eine Schwachstelle im System Kurz. Es stößt an Grenzen“, wie Hubert Patterer in der „Kleinen Zeitung“ treffend bemerkte. Freiwilligkeit sollte im Vordergrund stehen, Zwang darf keinen Platz haben.

Die Bevölkerung ist mit dem Anspruch der Eigenverantwortung aufgrund des Zickzackkurses der Regierung überfordert. Seit nunmehr fast zehn Monaten werden wir alle tagtäglich nur noch mit negativen Schlagzeilen bombardiert. Das Credo des Tages lautet: Zahl der Neuinfektionen, Zahl der Todesopfer, Problem der überfüllten Krankenhäuser und Intensivstationen und ein am Rande des Zusammenbruchs stehendes Krankenhauspersonal. Das sind keine positiven Nachrichten, die Hoffnung geben, die Zuversicht verbreiten, die signalisieren: Wenn wir das gemeinsam schaffen, geht es wieder aufwärts.

Die bevorstehende Impfung wäre jetzt der beste Anlass, diese positive Botschaft auch entsprechend zu kommunizieren, aber ohne Zwang, ohne bitteren Beigeschmack. Das

Bundesrat Ingo Appé

muss freiwillig geschehen. Nur durch vertrauenswürdige Aufklärung kann es gelingen, eine Durchimpfungsrate zu erreichen, die dazu beiträgt, diese Pandemie in die Schranken zu weisen.

Schauen Sie sich die Impfrate bei der FSME-Impfung in Österreich an! Diese liegt bei über 75 Prozent – ein Spitzenwert in Europa! Oder schauen Sie sich die Durchimpfungsrate betreffend Masern an, derzeit leider mit sinkender Tendenz! Bei der Gripeschutzimpfung lag Österreich jedoch mit 10 Prozent am Ende der Skala in Europa.

Sehr geehrter Herr Vizekanzler, Herr Bundesminister, nützen Sie die Zeit des dritten Lockdowns für ein geregeltes Management für die Zeit danach! Hier und heute geht es um das Vertrauen in die Zukunft, das rapide abhandenzukommen scheint. Nützen Sie die Zeit, damit nicht wieder dasselbe passiert wie heuer schon einmal: vom Musterschüler zum Weltmeister bei Infektionen und Todesfällen!

Lassen Sie nach den Weihnachtsferien die Lehrer und Schüler nicht im Stich. Da kommen Tests am 18.1. zu spät. Man muss getestet werden, bevor man sich wieder in der Schule trifft.

Wie geht es in den Altenheimen weiter? – Nicht so wie in der Vergangenheit, hoffe ich. Da wurden die Bewohner isoliert, alleingelassen, wurde das Pflegepersonal alleingelassen, das medizinische Personal alleingelassen.

Es gibt keine flächendeckenden Teststrategien für Schulen und Kindergärten. Die Elementarpädagogen wurden alleingelassen, die Gemeinden alleingelassen.

Herr Abgeordneter Wöginger hat gestern im Nationalrat festgestellt: Die Aufgabe der Politik ist es, speziell diese Bevölkerungsschichten zu schützen. – Da hat diese Regierung in der Vergangenheit versagt. Nützen Sie bitte jetzt die Chance, nicht zu versagen! Nützen Sie die nun verbleibende Zeit, um zukunftsorientiert zu planen! Dies wurde beim ersten Lockdown nicht getan, dies wurde beim zweiten Lockdown nicht getan.

Es ist höchst an der Zeit, zwischen Gesundheit, Gesellschaft und Wirtschaft neue, zukunftsweisende Lösungen zu finden, bevor die Impfung flächendeckend durchgeführt wird. Diese Pandemie ist auch ein „Test für die Reife einer Gesellschaft“, wie der Kärntner Primarius Kaulfersch gesagt hat: „Nur wenn alle Menschen Empfehlungen verstehen und einhalten und sich mehr als 70 Prozent impfen lassen, werden wir ohne noch größere Verluste dieser Covid-19-Pandemie entkommen.“

Liebe Frau Präsidentin, ich möchte auch die Gelegenheit nützen, dir zu deiner Präsidentschaft unter diesen erschwerten Umständen zu gratulieren. Ich wünsche insbesondere dir, aber auch Ihnen allen ein erholsames und friedliches Weihnachtsfest. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ.)*

14.58

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Vielen Dank für die netten Wünsche.

Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Michael Schilchegger. – Bitte, Herr Bundesrat.

14.58

Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger (FPÖ, Oberösterreich): Geschätzte Frau Präsidentin! Werte Herren Bundesminister! Sehr geehrte Damen und Herren! Das vorliegende Gesetzespaket enthält unter anderem auch den Grundstein für die kommenden Covid-19-Impfungen, dafür, dass diese beim Hausarzt verabreicht werden können, dass hierfür auch kein Entgelt vom Patienten verlangt werden darf.

Ich möchte das als Ausgangspunkt nehmen, um wieder einmal etwas zu einem Thema richtigzustellen, das auch im Nationalrat debattiert wurde. Uns Freiheitlichen wird immer wieder vorgeworfen: Na ja, was wollt ihr denn eigentlich? Ihr seid nicht für den Lockdown,

Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger

ihr seid nicht für die Impfungen, ihr wollt sinngemäß, dass die Bevölkerung dreimal durchseucht wird, dass es viele Tote zu verzeichnen gibt, und das soll dann eure Strategie sein.

Es ist natürlich immer leicht, wenn man einen Strohmann als Argument aufbaut und diesen dann schlagen kann. Das wird dann von den Zeitungen teils auch unkritisch gedruckt und von den Medien teils unkritisch wiedergegeben.

Wenn wir Freiheitlichen sagen, wir sind gegen einen Impfwang, sprechen wir uns nicht gegen die Impfung aus. Es ist ja wohl nicht zu viel verlangt, dass man diese beiden Dinge intellektuell voneinander unterscheiden kann! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn Sie nun, um einen sehr vereinfachten Vergleich zu bemühen, eine neue Frucht von einer Südseeinsel finden, die sehr gesund sein soll, dann sagen wir: Gut, jeder, der diese Frucht haben möchte, soll sie doch bitte einfach zu sich nehmen, soll sie essen und soll gesund werden, wenn er meint, dass es ihm etwas bringt. Es gibt ja auch genügend Menschen in diesem Land – ich glaube, wir haben das heute wieder in einer Umfrage gesehen –, die ohne Probleme sofort bereit sind, sich impfen zu lassen. Das heißt, vielleicht benötigen wir also überhaupt keine weiteren Ideen dazu, wie man dann irgendwelche Menschen direkt oder indirekt zwingen kann. Warten Sie doch erst einmal ab, was passiert!

Warten Sie doch erst einmal die Erkenntnisse der Wissenschaft ab! Was man in den Studien so liest, ist, dass es ja nicht einmal gesichert ist, dass geimpfte Personen nicht weiterhin selbst Träger des Virus sind und somit weiterhin ansteckend sind. Dem folgend, was ich aus den Medien und aus Studien mitbekomme, ist der derzeitige Stand jener, dass die Impfungen vor allem vor einem Krankheitsausbruch schützen. Wenn aber wahr ist, dass damit Ansteckungen nicht verhindert werden können, gibt es auch keine Grundlage für die Ideen, die Sie, meine Damen und Herren von den Regierungsfraktionen, schon wieder kolportieren, und das, was Ihre Landeshauptleute aus der Steiermark und aus Oberösterreich fordern. Es gibt für einen Impfwang keine Grundlage mehr, wenn nicht einmal gesichert ist, dass geimpfte Personen gar nicht mehr in der Lage sein werden, das Virus weiterzugeben. – So viel zum Thema Impfwang.

Wir Freiheitlichen sprechen uns – noch einmal – ganz klar gegen den Impfwang aus, aber wir sprechen uns nicht gegen Personen aus, die natürlich, wie jedermann, Angst um ihre Gesundheit haben und vielleicht sagen: Ich gehöre zu einer Risikogruppe, ich möchte mich impfen lassen.

Bleiben wir gleich bei den Risikogruppen. Das war ja auch immer so ein Spin der Bundesregierung: Wir sind lieber vorsichtig; wir schauen, dass wir sehr niedrige Zahlen haben, was die Intensivbettenauslastung und die Belastung von Krankenhäusern anlangt, und wir sind diejenigen, die das Land verantwortungsvoll durch die Krise führen. – Wir Freiheitlichen sagen: Sie führen nicht das Land durch die Krise, sondern Sie führen die Krise durch das Land *(Beifall bei der FPÖ)*, und das tun Sie gerade, was den Schutz der Risikogruppen betrifft.

Bleiben wir einmal bei den Risikogruppen. Das sind aus meiner Sicht vor allem – vereinfachen wir es einmal – ältere und pflegebedürftige Personen, vielleicht mit Vorerkrankungen, vielleicht ohne. Da ist es doch das Gebot der Stunde, dass man sagt: Alten- und Pflegeheime brauchen zuallererst ein Konzept und einen besonderen Schutz.

Was haben Sie mit Ihren Lockerungsverordnungen oder mit Ihren Covid-19-Maßnahmenverordnungen gemacht, Herr Bundesminister? – Da findet sich bis zum 20. September 2020 kein einziger besonderer Schutz für die Alten- und Pflegeheime. Ganz im Gegenteil, Sie haben die Gastwirte zu Maßnahmen verpflichtet, mit strengsten Auflagen, Präventionskonzepten, Betretungsverboten und so weiter, und die Alten- und Pflegeheime haben Sie ausdrücklich ausgenommen! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger

Erst am 1. November 2020, Herr Bundesminister – ich habe mir Ihre Verordnungen ganz genau angesehen –, findet sich erstmals in Ihrer die Verpflichtung, dass auch Alten- und Pflegeheimbetreiber ein Covid-19-Präventionskonzept zu veröffentlichen und dieses auch umzusetzen haben. – Nur so viel zum Schutz von Risikogruppen durch diese Bundesregierung.

Bleiben wir bei einem weiteren Thema, das uns dieses Jahr beschäftigt hat. Es beschäftigt jeden Menschen, der einen Arbeitsplatz hat, vor allem aber auch die Unternehmer, die diese Arbeitsplätze zu bezahlen haben. Da geht es nämlich um die Frage: Wie entschädigen Sie denn die Opfer Ihrer Pandemiepolitik?

Unser Konzept, der Ansatz der Freiheitlichen – uns wird ja immer vorgeworfen, wir hätten selbst keine Konzepte – war ganz klar: Lassen Sie einfach den Entschädigungsanspruch gemäß Epidemiegesetz aufrecht und hebeln Sie diesen nicht aus! Wenn das eine zu hohe Budgetbelastung ist, worüber man ja diskutieren kann, dann kann man sehr wohl die Höhe dieses Anspruches regeln und zum Beispiel sagen: Na gut, es werden 50 Prozent von einem Gewinnanteil des Monats ersetzt. Es braucht aber jedenfalls klare Regeln, auf die sich die Unternehmen verlassen können, einen klaren Rechtsanspruch und keine Bittstellerei! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Was haben wir stattdessen in der Realität erlebt, was war Ihre türkis-grüne Entschädigungspolitik? – Na ja, schaffen wir einmal ein paar Förderungen, machen wir ein bisschen Kurzarbeit. Ändern wir Kurzarbeit Phase eins, Kurzarbeit Phase zwei – verschiedenste Voraussetzungen, großes Chaos bei allen damit befassten Stellen. Gründen wir einen Härtefallfonds, einen NPO-Unterstützungsfonds, einen Fixkostenzuschuss Phase eins, Phase zwei, nun einen Umsatzersatz und einen Verlustausgleich, die sich aber wechselseitig ausschließen, sodass man ohne Vergleichsrechnungen nicht einmal sagen kann, welche Förderung denn für das eigene Unternehmen die richtige ist. – Das ist maximale Rechtsunsicherheit bei maximaler Bürokratie.

Und weiter: Schaffen wir doch auch noch verschiedene Förderstellen, die für alle diese Förderungen unterschiedlich zuständig sind. Geben wir eine Förderung in die Zuständigkeit der WKO, für eine andere gründen wir einen neue Gesellschaft, die Cofag, ein bisschen etwas kommt zum AWS, beispielsweise die Investitionsprämie. Dann gibt es noch Sonderförderungen von jedem Bundesland, natürlich in eigener Verantwortung der Länder, und zuletzt hat man gesagt: Na ja, gut, inzwischen haben wir eigentlich gesehen, das läuft alles nicht so gut, also schütten wir halt doch eine bestimmte Förderung über die Finanzämter aus. – So, wie wir von der Opposition es schon von Anfang an gefordert haben! *(Beifall bei der FPÖ.)*

Statt dieser maximalen ÖVP-Bürokratie und Rechtsunsicherheit hätten wir Freiheitlichen ein ganz klares Konzept verfolgt, das aber nicht nur die Entschädigungsansprüche nach dem Epidemiegesetz umfasst, sondern auch die Regelungen für die Auswirkungen auf private Rechtsverhältnisse, insbesondere auf die Geschäftsraummieter. Da gibt es bis heute kein Konzept, keine klare Antwort, um wie viel denn für jede einzelne Lockdownmaßnahme nun tatsächlich der Mietzins von Geschäftsraummieter gemindert werden kann. Das bedeutet maximale Rechtsunsicherheit, und Sie treiben die Leute in sinnlose Rechtsstreitigkeiten hinein.

Das alles sind allerdings inhaltliche Streitpunkte, da sind Sie anderer Meinung, das setzen Sie mit Ihrer Regierungsmehrheit einfach parlamentarisch um und agieren dabei natürlich immer staatstragend und hochprofessionell, wenn Sie beispielsweise wieder einmal sechs Nullen im Budget vergessen oder eine fehlende Unterschrift auf einem Antrag übersehen, sodass die Sitzung wiederholt werden muss – oder wie heute, wenn Sie eine Verfassungsbestimmung in einem Sammelgesetz übersehen haben, sodass wir auch heute wieder eine Sondersitzung haben. Das sind handwerkliche Fehler, die mich

Bundesrat MMag. Dr. Michael Schilchegger

persönlich nicht besonders stören. – Warum nicht? – Na ja, weil Sie für die Menschen draußen nicht von Bedeutung sind, das ist nur von Bedeutung für einige Medien, für Politiker, aber nicht für die Menschen draußen, und es gibt genügend handwerkliche Fehler, die Ihnen auch zuzurechnen sind. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Wenn man sagt, man wolle diese Regierungspolitik verfolgen und habe eine andere Meinung als die Opposition, dann ist das ja auch zulässig, aber diese fehlende Professionalität, mit der Sie dabei agieren, ist wirklich erschreckend. Gibt es denn eine dieser Covid-19-Verordnungen, Herr Bundesminister, die wirklich gesetzes- und verfassungskonform erlassen wurde? – Wir wissen es nicht. Sie werden sagen Ja, ich sage Nein. – Warum? Weil wir beim Verfassungsgerichtshof kein Eilverfahren haben und daher immer ungefähr ein halbes Jahr warten müssen, bevor der Verfassungsgerichtshof feststellen kann, dass eine Verordnung verfassungswidrig war.

Erinnern Sie sich noch an den Tag, als die Amazon-Aktie um 20 Prozent eingebrochen ist? – Das war der 30. November, und zwar als Ihre Bundesministerin Schramböck eine neue Onlineplattform angekündigt hat: Kaufhaus Österreich. *(Heiterkeit bei BundesrätInnen der FPÖ.)* Da haben in Amerika schon die Alarmglocken geläutet! – Nein, also bleiben wir einmal ernst: Das waren über 600 000 Euro österreichisches Steuergeld für nichts und wieder nichts! Diese Steuergeldverschwendung kommt zu diesem ganzen Coronawahnsinn noch dazu.

Ich sehe, meine Redezeit neigt sich schon dem Ende zu und ich möchte nicht wieder überziehen, daher schließe ich mit einem einfachen Appell: Fangen Sie wieder an, meine Damen und Herren von der ÖVP und von den Grünen, auf die Menschen in diesem Land zu hören, die bei Ihrem Coronawahnsinn nicht mehr mitkommen! Hören Sie auf die Oppositionsparteien! Wir haben die besseren Vorschläge zur Bewältigung dieser Krise, und zwar in allen Gesichtspunkten, vor allem die Anträge und Vorschläge der Freiheitlichen Partei möchte ich Ihnen besonders ans Herz legen.

Zuletzt – das ist mindestens ebenso wichtig wie die beiden anderen Punkte –: Hören Sie einmal auf den Verfassungsgerichtshof! Der hat schon am 1. Oktober 2020 bei der Aufhebung von Covid-Bestimmungen ganz klar gesagt, was beim Erlassen von Verordnungen durch Sie zu tun ist, Sie jedoch ignorieren die Vorgaben des Verfassungsgerichtshofes, Sie ignorieren den Rechtsstaat, Sie ignorieren die Grundrechte aller Menschen in diesem Land, die von Ihrem Coronawahnsinn betroffen sind – und das ist keine Frage unterschiedlicher politischer Meinungen mehr, sondern das ist einfach ein rechtsstaatlicher und demokratiepolitischer Skandal! *(Beifall bei der FPÖ.)*

15.09

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Günter Kovacs. – Bitte, Herr Bundesrat, ich erteile Ihnen das Wort.

15.09

Bundesrat Günter Kovacs (SPÖ, Burgenland): Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Herr Minister! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ja, wir haben schon sehr, sehr vieles gehört. Es ist heute wieder einmal sozusagen ein Reparaturtag, ein Reparieren eines Gesetzes. Wir werden natürlich beiden Gesetzesvorlagen – das ist ja schon bei den Reden von Ingo Appé und Korinna Schumann herausgekommen – zustimmen. Es geht um die Risikogruppen, die weiterhin geschützt werden, bis Juni nächsten Jahres, und um das Übergangsgeld, das ja auch ganz, ganz wichtig ist. Betreffend die Bezüge ist von unserer Seite ein teilweiser Erfolg erreicht worden; auch dem werden wir zustimmen.

Ich habe natürlich bisher gut zugehört, die Ohren gespitzt und Herrn Bundesrat Lackner zugehört, der von einem Formalfehler gesprochen hat. Ich frage: Der wievielte Formalfehler ist das schon in den letzten Monaten in diesem Haus? – Das ist ja eigentlich schon

Bundesrat Günter Kovacs

unfassbar. Es geht noch besser: Dr. Kornhäusl hat gesagt: Übergangsgeld: ja. Da frage ich ihn ganz klar: Warum haben Sie sich damals nicht so für die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, für Menschen, die aufgrund der Krise Schwierigkeiten haben, eingesetzt? Warum bekommen die nicht 70 Prozent abgegolten? Warum waren Sie da dagegen? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Dann haben Sie auch über die Impfung gesprochen. Wir sagen ganz klar: Wir Sozialdemokraten sind gegen eine Impfpflicht. *(Zwischenbemerkung von Bundesminister **Anschober**.)* Wir sind gegen eine Impfpflicht.

Herr Minister, ich hätte eh eine Frage. *(Neuerliche Zwischenbemerkung von Bundesminister **Anschober**. – Bundesrat **Schreuder**: Er hat auch eine Frage!)* Sie waren gestern in der „ZIB 2“ bei Armin Wolf und haben auf die Frage, wann Sie sich impfen lassen, keine konkrete Antwort gegeben. Oder gibt es heute eine konkrete Antwort? Werden Sie am Anfang dabei sein? *(Bundesminister **Anschober**: ... bin ich Ihnen schuldig, oder wie?)* Werden Sie sich am Anfang auch impfen lassen? Ich sehe das schon so, dass das auch nach außen hin für alle Menschen in Österreich *(Bundesrat **Schreuder**: Zuhören!),* für alle Menschen, wenn man sie zum Impfen motivieren will *(Zwischenbemerkung von Bundesminister **Anschober**),* wichtig ist, dass der Gesundheitsminister sagt: Ich bin einer der Ersten, der da dabei ist, das ist ja keine Frage.

Es ist ja nichts Schlechtes dabei, dass man sagt, man lässt sich für die Gesundheit impfen, damit die Österreicherinnen und Österreicher auch mit dabei sind. *(Ruf: Wenn er als erster ...kritisiert, dass wir nicht die vulnerablen Gruppen zuerst impfen! Seid ehrlich! – Bundesrat **Schreuder**: Zuhören!)*

Herr Dr. Kornhäusl hat auch eine Danksagung ausgesprochen. Er hat sich bei der Österreichischen Gesundheitskasse bedankt, hat das mehrmals angesprochen. *(Zwischenbemerkung von Bundesminister **Anschober**.)* Das Danke ist auf einer Seite gut, aber in Wahrheit braucht die Österreichische Gesundheitskasse Geld, damit sie sich eben die Gesundheit leisten kann. Ein Danke ist, wie wir in den letzten Monaten gesehen haben, zu wenig. Die brauchen unbedingt Unterstützung und Geld.

Besonders interessant war der Redebeitrag des Bundesrates Kolland, der sich heute auch besonders für sein Gehalt eingesetzt hat. *(Heiterkeit bei der FPÖ.)* Diesen Einsatz für das Gehalt, den Sie heute vor allen Österreichern und Österreicherinnen geliefert haben, den hätte ich mir auch einmal bei der Hacklerregelung gewünscht. Da haben Sie sich nicht eingesetzt und gesagt, die abschlagsfreie Hacklerregelung wollen Sie weiterhin beibehalten. *(Zwischenruf des Bundesrates **Steiner**.)* Warum dort nicht? Warum bei Ihnen schon? Das ist eine gewisse Empathie, Sie haben eine Eigenempathie, aber keine Empathie für alle anderen in Österreich. *(Beifall bei SPÖ und FPÖ.)*

Gestern wurden im Nationalrat auch einige Nebelgranaten geworfen. Wieso sehe ich das? – Es wurde über das Bezügegesetz gesprochen. Es wurde dann vonseiten der Grünen, von Nina Tomaselli, abgelenkt, die irgendwie auf Ibiza abgelenkt hat. Auch dort sehe ich es so: Man kann nicht ablenken und wenn es um die eigenen Bezüge geht, dafür sein, aber dagegen sein, wenn es – und das bekräftige ich noch einmal – um die Erhöhung des Arbeitslosengeldes, um die Hacklerregelung geht. Wenn man dort nicht dabei ist, dann darf man nicht bei sich selbst sagen: Da bin ich gern dabei, da hätte ich gern mehr Geld. Das kann einfach nicht sein! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Es gab im Nationalrat ja schon eine Art Trägerrakete. Für die nächsten Tage, für die nächsten Wochen ist ja, wie man hört, schon eine Sitzung des Nationalrates geplant, um eben die Vorbereitungsarbeiten für das Testen in ein Gesetz zu gießen. Ich habe mich gestern mit einem der bekanntesten Juristen in Österreich unterhalten und habe gefragt, was er zu einem Zwangstesten, zu einer Pflicht des Testens sagt. Er sagte mir Folgendes – ich zitiere ihn, er hat gesagt, ich soll das heute so verlesen *(Bundesminister **Anschober**: Wie heißt er?)*; das ist DDr. Michael Dohr, ich nehme an, Sie kennen ihn

Bundesrat Günter Kovacs

(*Bundesrat Seeber: Das ist ein doppelter ...?*), er ist ein doppelter Doktor, ja –: Ich denke, dass eine generelle Freitestung nicht verfassungskonform ist, man keine sachliche Differenzierung zwischen einzelnen Berufsgruppen macht, sondern gewissermaßen die Gesamtbevölkerung unter Generalverdacht einer Infektion stellt, und dieser Umstand mit einer erheblichen Freiheitsbeschränkung einhergeht. Das ist meiner Ansicht nach überschießend und nicht verfassungskonform, da sachlich und wohl auch örtlich nicht differenziert wird. Dort, wo es keine Coronafälle gibt, muss man sich auch nicht freitesten. Das geht einfach zu weit. – Zitatende.

Das sagt DDr. Dohr dazu. Und ich möchte das, was Korinna Schumann vorhin schon gesagt hat, noch einmal bekräftigen: Die Sozialdemokratie wird **nie** für eine Impfpflicht stehen und **nie** für einen Zwang beim Testen! Niemals! (*Beifall bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren, wir werden diesen beiden Gesetzesvorlagen natürlich die Zustimmung erteilen. – Danke schön. (*Beifall bei der SPÖ.*)

15.15

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Dr. Johannes Hübner. – Bitte schön, Herr Bundesrat, ich erteile es Ihnen.

15.15

Bundesrat Dr. Johannes Hübner (FPÖ, Wien): Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Kollege Kovacs, mein Vorredner, hat sich auch ein bisschen mit Ihrem Redner Kolland beschäftigt, der uns erklärt hat, warum die Gehälter der Abgeordneten zum Nationalrat und auch unsere Gehälter sehr wohl erhöht werden müssen.

Es ist von der Optik her schon ein bisschen komisch, wenn man die ersten elf Gruppen der entsprechenden Bestimmung des Bundesbezügegesetzes – das heißt, alle oberhalb des Nationalrates – von einer Erhöhung ausschließt, aber bei der zwölften Gruppe – das sind die Nationalratsabgeordneten – auf einmal stoppt und sich die zwölfte Gruppe, das ist nämlich die Gruppe des Gremiums, die selbst über Erhöhung oder Nichterhöhung entscheidet, die Erhöhung genehmigt.

Das müssen Sie von draußen sehen, aber normalerweise – Kollege Kolland hat eh versucht, es zu argumentieren – erhöht man Bezüge, wenn jemand besondere Leistungen erbringt. Jetzt ist die Frage: Haben die Abgeordneten, vor allem die Abgeordneten der Regierungsfractionen, die ja diese Eigenerhöhung gegen den Widerstand von uns und der SPÖ beschlossen haben, eine besondere Leistung erbracht? – Verschiedene Vorgänger haben sich ja mit den Leistungen der Regierung befasst, aber diese Leistungen der Regierung sind nicht allein Leistungen der Regierung, sondern sie sind nur möglich, weil sie von der Mehrheit unserer Kollegen sowohl im Nationalrat als auch im Bundesrat mitgetragen werden. Die Mehrheit dieser Kollegen sitzt hier, das ist die gleiche Mehrheit, die sich auch die 1,5 Prozent Erhöhung genehmigt hat.

Schauen wir einmal, was da beschlossen wurde, was die Ergebnisse sind und ob das eine Erhöhung rechtfertigt! Tatsache ist: Wir sind in der wahrscheinlich tiefsten Rezession seit Gründung der Zweiten Republik. Wir haben eine Arbeitslosenrate, die zumindest in absoluten Zahlen so in der Zweiten Republik noch nicht da gewesen ist, und wir haben die höchste Zahl an Kurzarbeitern, die es seit Einführung dieser Institution jemals gegeben hat. Dazu gibt es laut den Ausführungen des Finanzministers Blümel in unserer letzten Sitzung bisher 29 Milliarden Euro an sogenannten Coronakosten. – Das sind keine Coronakosten, sondern das sind Schadenskosten durch die Coronamaßnahmen. Wir haben das wahrscheinlich höchste Defizit in der Gesamtgeschichte des österreichischen Staates, da wird man in Monarchiezeiten zurückgehen können und wird nicht solch ein Defizit finden, und wir haben eine Erhöhung der Gesamtschuldenlast um circa 10 Prozent des BIPs zu erwarten; auch das ist historisch.

Bundesrat Dr. Johannes Hübner

War das alles notwendig? War es unvermeidlich? – Sie werden sagen: Ja, das ist international so, alle machen das so. Aber: Erstens stimmt das nicht, und zweitens sind wir in der Lage, selbst zu entscheiden und selbst zu lernen. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Selbst Ihr Finanzminister Blümel hat uns ja letztes Mal gesagt, man weiß nicht, was man tun soll, man weiß nicht, was richtig und was falsch ist. Wenn man sich die Faktenlage ein bisschen anschaut, die Staaten vergleicht, die Lockdowns machen – leichte Lockdowns, harte Lockdowns, gar keine Lockdowns –, dann sieht man, dass der Finanzminister recht hat. Schweden wird immer zitiert, ja, richtig, Schweden hat weniger Fälle und vor allem weit weniger Tote pro 1 000 Einwohner als etwa Belgien, Frankreich und Italien. Alle drei Staaten sind harte Lockdownkandidaten, sowohl jetzt als auch im Frühjahr. *(Zwischenruf des Bundesrates Bader.)*

Wir können aber etwas anderes nehmen, Schweden ist vielleicht abgedroschen, gehen wir zum Balkan. Dort gibt es ein Land, das den härtesten und längsten Lockdown hinter sich hat, das ist Slowenien. Slowenien hat den Lockdown seit Anfang November, lockert ihn jetzt. Dort gibt es ein Land, das nach einem harten Lockdown im Frühjahr in der zweiten Welle gar nichts gemacht hat, das ist Serbien. Serbien ist ein bisschen außerhalb unseres Radars, weil es nicht in der EU und weit weg ist, aber schauen wir es uns einmal an.

Serbien hatte – das weiß ich nicht auswendig, das habe ich mir aufgeschrieben – am Höchststand im November etwa 8 000 Fälle pro Tag und hat jetzt 4 000, ohne Lockdown, ohne irgendetwas. Es scheint so zu sein, dass es gewisse Wellen bei der Ausbreitung dieser Krankheit gibt.

Slowenien hatte vor sieben Wochen etwa 2 000 Fälle und hat nach sieben Wochen Lockdown weiterhin zwischen 1 000 und 2 000 Fällen. Das fluktuiert, das geht teilweise hinunter auf 500, steigt wieder auf 2 000, aber es bleibt in diesem Fenster. *(Bundesminister Anschober: Slowenien hat keine Einschränkungen!)* – Jetzt nicht mehr, aber bis vor Kurzem hatte Slowenien die härtesten Einschränkungen. Vor Kurzem hat Slowenien die Einschränkungen aufgehoben, ohne dass viel passiert ist.

Wir hatten Einschränkungen, zuerst leichte, dann harte, jetzt wieder leichte. Was ist bei uns gewesen? – Unser Spitzenwert lag bei ungefähr 7 000 Neuinfektionen pro Tag. *(Bundesrat Schennach: Das braucht man ja nicht verharmlosen!)* – Das verharmlost ja niemand. Ich erzähle ja, erzählen ist ja nicht verharmlosen. Verharmlosung ist zwar ein Wort aus dem Verbotsgesetz und als Totschlagargument gut brauchbar, aber hier fehlt am Platze. Unsere Fallzahl – vielleicht waren es sogar 9 000 Fälle pro Tag, für jeden Tag kann ich es Ihnen nicht sagen – liegt jetzt bei 1 519. Das geht aus den Zahlen hervor, die ich mir heute angeschaut habe.

Als in Österreich der sogenannte harte Lockdown aufgehoben wurde, lagen wir bei 2 700. Jetzt, in diesem sogenannten weichen Lockdown, wurde die Fallzahl noch einmal halbiert – nicht ganz halbiert: von 2 700 auf 1 519. Das Argument für den Lockdown, immer gehört, immer geglaubt und immer von den Abgeordneten übernommen, lautet: Unser Gesundheitssystem ist sonst überlastet, sonst droht uns die Triage und so weiter.

Nun ist das Gesundheitssystem im November, als wir 8 000, 7 000, 6 000 Neuinfektionen pro Tag hatten, nicht zusammengebrochen und nicht überlastet gewesen. Zumindest habe ich das nicht gelesen. Es hat immer geheißen, wir sind am Rande. Wir waren immer am Rande, aber nicht überlastet. *(Zwischenruf des Bundesrates Schennach.)* Wir waren mit 7 000 täglichen Neuinfektionen nicht überlastet. Heute haben wir 1 519 Neuinfektionen, und jetzt ist es auf einmal überlastet? Warum brauchen wir jetzt einen harten Lockdown? Warum müssen wir der Wirtschaft einen weiteren Milliardenschaden zufügen? Nur weil das jetzt Mode ist? Oder haben Sie vielleicht ein neues Argument? Ist vielleicht nicht mehr das Gesundheitssystem überlastet, ist irgendetwas anderes überlastet?

Bundesrat Dr. Johannes Hübner

Haben wir zu viel Geld im Budget, dass wir Möglichkeiten für Ausgaben suchen müssen? Irgend so etwas muss es sein. *(Beifall bei der FPÖ.)*

Jedenfalls, liebe Kollegen, ganz abgesehen von der Frage der Einschränkung unserer Rechte, der Vergewaltigung der Leute, Dinge zu tun, die sie sonst nie getan hätten *(Zwischenrufe bei der SPÖ)*, bleibt die Frage: Haben wir hier, wie es sich für Mitglieder des Bundesrates geziemt, auf Basis der Fakten, auf Basis von Informationen über die tatsächliche Lage der Dinge entschieden, oder haben wir quasireligiös alles geglaubt, was uns von oben verordnet wurde?

Der heilige Augustinus von Hippo war ein Fachmann des Glaubens, und er hat, ein bisschen verzweifelt über die Unmöglichkeit, Glauben und Fakten zu vereinbaren, am Ende seines Lebens gesagt: Credo quia absurdum – ich glaube, auch wenn es absurd ist. *(Ruf bei der SPÖ: ... lateinische ...!)*

Das ist für einen Kirchenvater richtig, das ist aber für einen Abgeordneten nicht der richtige Weg. Ich ersuche daher alle Kollegen, die den Regierungskurs bisher mitgetragen haben, ein bisschen weg vom Glauben und hin zu den Fakten zu gehen und wünsche in diesem Sinn schöne und friedliche Weihnachten. – Danke. *(Anhaltender Beifall bei der FPÖ.)*

15.23

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächste zu Wort gemeldet ist Frau Bundesrätin Andrea Kahofer. – Bitte schön, Frau Bundesrätin, ich erteile es Ihnen.

15.23

Bundesrätin Andrea Kahofer (SPÖ, Niederösterreich): Werte Frau Präsidentin! Herr Vizekanzler! Werter Herr Minister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben jetzt schon oft gehört, dass unser vorweihnachtliches Zusammenkommen, diese Sitzung, einem Formfehler geschuldet ist. Die Tatsache an sich, dass wir heute hier zusammenkommen, ist nichts Schreckliches, wir sehen uns gerne noch vor Weihnachten. *(Bundesrat Schennach: Unbedingt!)* Außerdem ist es unsere Arbeit, und wenn wir hier gebraucht werden, dann haben wir hier zu sein und sind auch hier. Ich muss Kollegen Schilchegger aber ein bisschen widersprechen: Es betrifft die Bürgerinnen und Bürger schon auch, denn das heute hier kostet viel Geld, und zwar auch den Steuerzahler.

Ich kann Kollegen Sebastian Kolland beruhigen: Ich werde mich auf ein Thema beziehen, nämlich auf das Bezügegesetz, obwohl es mir eigentlich lieber wäre, wir müssten das gerade jetzt, in dieser Zeit, gar nicht in der Form behandeln.

Es geht hier nicht darum, eine Neiddebatte loszutreten. Es geht auch ganz bestimmt nicht darum, dass irgendjemandem der Bezug oder die Erhöhung des Bezuges nicht vergönnt sei. Es geht auch nicht darum – ich glaube, es war Kollege Hübner, der von Leistung gesprochen hat –, jemandem die Leistung abzusprechen. Ich denke, jeder Mandatar, jeder Verantwortliche hat in diesem Jahr durchaus viel geleistet. Wir sind auch, wie wir gehört haben, sehr, sehr oft zusammengekommen: zu Sitzungen, zu Beschlussfassungen, aus welchem Grund auch immer. Trotzdem kann ich nur den Kopf schütteln, dass wir jetzt, in dieser Zeit, überhaupt darüber diskutieren müssen, welche Politikerinnen und Politiker eine Erhöhung der Bezüge bekommen und welche nicht.

Es gibt eine politische Metapher, die Metapher vom Vater Staat, und diese impliziert schon durch diese Personifizierung, dass die Verantwortungsträger dieses Staates fürsorglich, gerecht und weitblickend agieren müssen. Darunter verstehe ich auch, dass sie sich so zu verhalten haben und in dieser sehr schweren Zeit der Pandemiebekämpfung, die neben enormen gesundheitspolitischen Herausforderungen auch ganz, ganz große und extreme wirtschaftspolitische Herausforderungen mit sich bringt, nicht das eigene Einkommen im Sinn haben und an die erste Stelle rücken.

Bundesrätin Andrea Kahofer

Die Erhöhung der PolitikerInnenbezüge ist in dieser Zeit mehr als unangebracht, aber es hat erst den Protest der SPÖ und dann auch der FPÖ gebraucht, damit man hier in Bewegung gekommen ist, dass hier überhaupt eine Diskussion zustande gekommen ist.

Uns von der SPÖ geht die nun erzielte Lösung, der Beschluss, der nach dem Antrag von ÖVP und Grünen wohl gefasst werden wird, nicht weit genug, nämlich dass die Erhöhung der Bezüge für den Bundespräsidenten bis zu den Volksanwälten wohl nicht kommen wird, sehr wohl aber alle Abgeordneten zum Nationalrat und Bundesräte diese Erhöhung bekommen werden.

150 Nationalratsabgeordnete – die einfachen Nationalratsabgeordneten, ohne Klubchefs, ohne die Präsidenten – sind, denke ich, nicht auf diese 138 Euro im Monat angewiesen. Bei uns, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind es rund 68 Euro; auch wir würden es verschmerzen. Wir sind in dieser Zeit privilegiert: Wir haben Arbeit, und wir haben ein gesichertes Einkommen; ein Einkommen, von dem wir durchaus leben können. Uns geht es nicht wie den 490 000 Arbeitslosen in diesem Land, denen Sie aber ständig zurufen: 55 Prozent, das muss doch reichen, davon muss man doch leben können!

Die Nettoersatzrate von 55 Prozent ist zu wenig! Glauben Sie mir, diese Menschen wären froh über diese Erhöhung, die sich Politikerinnen und Politiker jetzt gönnen. Denken Sie doch an die vielen, die in der Pflege, im Versorgungsbereich in diesem Jahr wirklich Außergewöhnliches geleistet haben, an die vielen Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen, die trotz Risiko gearbeitet haben und immer draußen an der Front waren und die noch immer auf den Coronatausender warten! *(Beifall bei der SPÖ.)*

Denken Sie an die Pensionistinnen und Pensionisten, die Kürzungen hinnehmen müssen – nicht Erhöhungen –; denken Sie an die vielen EPU's und KMUs, die kleinen Unternehmer in allen Bereichen, die lang nicht genug Unterstützung bekommen haben, um auch wirklich gut überleben zu können! Und wir brauchen diese Menschen.

Denken wir aber auch an die kleinen Dinge! Ich habe gestern eine Nachricht von einer Mutter bekommen, die im Monat 170 Euro für Hortbetreuung zu bezahlen hat. Diese Hortbetreuung wird verrechnet, auch wenn die Eltern dazu aufgefordert werden, aus Solidarität die Kinder nicht hinzuschicken. Die Eltern tun das, sie sind solidarisch, aber sie müssen, weil der Hort ja nicht gesperrt ist, weil die Betreuung da ist, den monatlichen Betrag bezahlen, und das kann für jeden Einzelnen doch viel sein. Das alles sind Summen, die vergleichbar sind.

Denken Sie auch an die Menschen, die sehr bald infolge von Gebührenerhöhungen in den Gemeinden, die notwendig sein werden, mit einem eventuell niedrigeren Einkommen diese Gebühren zahlen müssen, während Nationalratsabgeordnete und auch wir Bundesräte eine Erhöhung bekommen!

Da möchte ich jetzt noch einmal Kollegen Sebastian Kolland sagen: Es gab in Niederösterreich einen Abgeordneten, der immer gesagt hat: Mit einer Buckelkraxen voller Dankeschön kann ich nicht leben. So geht es den Gemeinden. Sie haben sie heute hier gelobt und ihnen gedankt, die brauchen aber Geld! Dank ist gut und schön, aber das wird nicht reichen. Die Bürgerinnen und Bürger werden es bezahlen, und wir alle leben in einer Gemeinde. *(Beifall bei der SPÖ.)*

Da muss ich auch fragen: Wenn Ihnen schon die Erhöhung der Bezüge, so wie sie jetzt ist, zu viel ist – Sie wollten noch mehr für alle! –, warum haben Sie dann zugestimmt? Warum passiert das dann in dieser Form? *(Beifall bei der SPÖ.)*

Die Reduktion für die 30 obersten Regierungsposten und Politiker, die jetzt von der Erhöhung von 1,5 Prozent ausgenommen werden, ist uns von der SPÖ einfach zu wenig. Das ist ein falsches Signal, das ist kein Signal der Solidarität! Diese Solidarität, die wir von jedem da draußen immer wieder einfordern, muss gelebt und vor allem vorgelebt werden, auch dann, wenn sie das eigene Geldbörsel betrifft.

Bundesrätin Andrea Kahofer

Ich bitte Sie, darüber noch einmal nachzudenken, und wünsche Ihnen als letzte Rednerin des heutigen Tages (*Nein-Rufe bei der SPÖ*) – nicht? –, trotzdem, auch wenn ich jetzt nicht die letzte Rednerin bin, ein frohes Weihnachtsfest!

Ich habe zuvor ein sehr schönes Gedicht gelesen, das ungefähr folgendermaßen endet: Solange das Licht der Hoffnung brennt, ist alles zu bewältigen. – Ich wünsche Ihnen Zuversicht und Hoffnung, und ich wünsche uns allen ein bisschen mehr Empathie und ein bisschen mehr Gemeinsamkeit im Sinne unseres Österreich, im Sinne der Menschen hier. – Danke. (*Beifall bei der SPÖ.*)

15.33

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Als Nächster ist Herr Fraktionsführer Bundesrat Karl Bader zu Wort gemeldet. – Bitte schön, Herr Fraktionsführer, ich erteile es Ihnen.

15.33

Bundesrat Karl Bader (ÖVP, Niederösterreich): Geschätzte Frau Präsidentin! Sehr geehrter Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren, die Sie via Livestream dabei sind! Ich bin noch ganz baff und bewegt. Kollege Kovacs – ich möchte mit einer Randbemerkung beginnen – hat gestern in den sozialen Medien eine ordentliche Überraschung für ÖVP und Grüne angekündigt. Was ist die Überraschung? (*Bundesrat Kovacs: Dass wir kein Fest haben! – Bundesrat Steiner: ... Weihnachtsgeschenke!*)

Zum einen freue ich mich darüber, dass die Risikogruppen ab dem 1. Jänner geschützt werden, nämlich infolge des heutigen Beschlusses, der ja deswegen verzögert wurde, weil die SPÖ nicht zugestimmt hat. Es ist eine Überraschung, dass Sie sich jetzt darüber freuen. (*Anhaltende Zwischenrufe der Bundesrätin Schumann.*)

Zum Zweiten ist es für mich eine Überraschung beziehungsweise wundert es mich ein bisschen, dass eine Fraktion, die sich immer als Vertretung der kleinen Leute bezeichnet, jetzt, da es Impfungen gibt, nachdem gestern die Zulassung empfohlen wurde, sich dafür ausspricht, dass die Politiker zuerst, privilegiert geimpft werden sollen. Wir sind nicht für diese privilegierte Impfung. (*Zwischenrufe bei der FPÖ.*) Daher bin ich tatsächlich überrascht. (*Bundesrat Spanring: Das ist jetzt aber eine sehr billige Ausrede!*) – Nein, das hat mit einer billigen Ausrede nichts zu tun. (*Bundesrat Spanring: Gehen Sie mit gutem Beispiel voran!*) – Ja, wir können das gern tun. Ich habe, Herr Kollege, Vertrauen in diese Impfung. (*Bundesrat Spanring: Aber impfen lassen willst du dich nicht! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

Ich möchte auch anmerken, dass mich heute Kollegin Steiner-Wieser wie gestern auch Kollege Kickl im Nationalrat sehr motiviert hat, mich heute zu Wort zu melden. Kollege Kickl hat gestern die Wichtigkeit des freien Wortes im Parlament betont. Damit hat er natürlich recht, da muss ich ihm zustimmen.

Frau Kollegin Steiner-Wieser! Ich möchte Sie noch einmal auf die Rede des Kollegen Himmer im Rahmen einer Dringlichen Anfrage an den Herrn Bundeskanzler hinweisen. Sie haben nämlich wieder gemeint, die Regierung würde die Bürger einsperren. Kollege Himmer hat schon darauf hingewiesen: Wenn Sie das falsch verstanden haben, dann sperren Sie Ihren Angehörigen die Tür wieder auf! Das Versperren der Tür ist nicht erforderlich gewesen. (*Beifall bei ÖVP und Grünen. – Bundesrat Steiner: Ah, geh bitte!*)

Wenn sich Frau Kollegin Steiner-Wieser hierher stellt und sagt: Wir Freiheitliche leben diese Freiheit tatsächlich, wir sind die Kämpfer und die Vorkämpfer für Grund- und Freiheitsrechte!, dann muss ich Ihnen sagen: Wer freie Meinungsäußerung hier im Bundesrat – wie in der letzten Plenarsitzung jene vom Kollegen Raggl – so quasi mit einer Nichtwahl bestraft, braucht sich hier meines Erachtens nicht als der große Verteidiger von

Bundesrat Karl Bader

Grund- und Freiheitsrechten hochzustilisieren. (*Bundesrat **Steiner**: Passt ja nicht zusammen! – Weitere Zwischenrufe bei der FPÖ.*)

In der letzten Sitzung hat Kollegin Mattersberger es aus Sicht der FPÖ gewagt, sozusagen aufzumucken, und wurde dann infolge eines Hustenreizes von den Freiheitlichen und vom Klubobmann auf zwei Profilstreitigkeiten auf Facebook an den Pranger gestellt. So wurde ein Shitstorm ausgelöst, mit herabwürdigenden, beleidigenden Kommentaren bis hin zu: Ist doch egal, wenn sie erstickt! (*Bundesrat **Steiner**: Was sind denn das für Unterstellungen?!*) Wer so etwas auf seinen Social-Media-Seiten zulässt, wer so etwas von seinen Social-Media-Seiten nicht löscht, der hat auch kein Recht, sich hierher zu stellen, wie letztens Frau Kollegin Steiner-Wieser, und zu sagen, die Regierung solle sich schämen, denn sie sei so asozial!

So, wie Sie mit unbequemen Meinungsäußerungen Ihnen gegenüber umgehen, so, wie Sie auf solche reagieren, liefern Sie ganz klar den Beweis dafür, dass es das Hass-Internet-Bekämpfungsgesetz dringendst gebraucht hat. (*Bundesrat **Steiner**: Na wegen uns?!*) – Heute ist mir auch klar, warum Sie gegen dieses Gesetz gestimmt haben. (*Beifall bei ÖVP und Grünen. – Bundesrat **Spanring**: ÖVP-Zensurgesetz!*)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Freiheitlichen Partei! (*Bundesrat **Spanring**: Denk dran: Hochmut kommt vor dem Fall!*) Sie sind gegen Einschränkungen, obwohl im Frühjahr Kollege Kickl den Lockdown frühzeitig gefordert hat (*Zwischenrufe bei der FPÖ*); Sie sind gegen das Maskentragen, das beweisen Sie immer wieder; Sie sind gegen die Tests, Kollegin Belakowitsch hat zum Boykott aufgerufen; Sie sind gegen Impfungen. (*Bundesrat **Steiner**: Wie oft müssen wir es denn noch erklären?! Der Kollege hat es vorhin erklärt!*) – Herr Kollege Steiner, bitte hören Sie mir zu! – Sie sind gegen Impfungen, wobei Sie nicht nur damit argumentieren, dass Sie gegen den Impfwang sind. Das sind wir alle hier, das merken Sie sich auch einmal! (*Bundesrat **Spanring**: Genauso, wie ihr vorher gegen den Testzwang wart! Genauso, wie ihr vorher gegen den Lockdown wart, und dann ist er gekommen!*) – Herr Kollege, ich weiß nicht, warum Sie sich so aufregen. (*Bundesrat **Spanring**: Weil man euch nicht glauben kann!*) – Sie argumentieren gegen eine Impfung, die von der sehr strengen EMA gestern zur Zulassung vorgeschlagen und empfohlen wurde. Das ist Ihre Position und die kritisiere ich. (*Beifall bei ÖVP und Grünen.*)

Natürlich sind all die Maßnahmen für uns alle – für die Menschen draußen genauso wie für uns – sehr mühsam. Wenn man aber mit Menschen redet, wie die Situation der Schwererkrankten ist, wenn man Ihnen erklärt, wie Familien betroffen sind, die Angehörige und Freunde verloren haben, erscheint das in einem anderen Licht. Aus meinem persönlichen Umfeld sind sechs Menschen zwischen 53 und über 80 Jahren an oder mit Corona verstorben.

Wenn man den Menschen erklärt, wie die Situation in den Krankenhäusern ist, wie sich die Pflegekräfte abmühen und teilweise am Limit sind, dann gibt es durchaus auch Verständnis. Die Überlastung war nicht zu sehen, hat Kollege Hübner vorhin gemeint. Dass Sie diese Argumentation gewählt haben, ist schon beschämend, denn das heißt ja indirekt, die in den Krankenhäusern, die auf den Intensivstationen, die in den Pflegeheimen sollen bis zum Umfallen hackeln. Das ist nicht in Ordnung! (*Beifall bei ÖVP und Grünen. – Bundesrat **Spanring**: Die hackeln immer schon! Die letzten zehn Jahre war euch das wurscht, aber jetzt, wo es politisch passt, ist es plötzlich ein Problem! Schämen Sie sich!*)

Verantwortung in der Politik, Verantwortung der Regierung und Verantwortung von uns allen heißt ganz einfach, Menschen zu schützen und Leid zu lindern. Was ist daran so schwer zu verstehen?, das frage ich mich. Es ist für mich auch die Frage, warum man bei der Argumentation teilweise auch Kampfrhetorik und Vergleiche gebraucht, die da

Bundesrat Karl Bader

eigentlich nichts verloren haben. Glauben Sie wirklich, dass es populär ist, Maßnahmen zu setzen? Das hat der Herr Bundeskanzler gestern auch im Nationalratsplenum gesagt. Nein! Das ist es allerdings nicht. Es ist aber alternativlos, solange wir keine anderen wirksamen Maßnahmen für die Bevölkerung haben. Es liegt noch ein langer Weg vor uns. (*Bundesrat **Ofner**: Da ist noch viel Zeit! Ein paar Pressekonferenzen gehen sich da sicher noch aus!*)

Gestern wurde von der EMA die Impfung empfohlen. Damit ist ein großer Schritt getan, ein ganz wichtiger Beitrag zur Bewältigung der Krise erfolgt. Wir werden noch viel gemeinsam zu tun haben, bis wir es geschafft haben.

Ich möchte heute an dieser Stelle im Namen der ÖVP-Fraktion Frau Präsidentin Eder-Gitschthaler zur Präsidentschaft im zweiten Halbjahr gratulieren und ihr dafür danken. Vor allem soll sie darauf stolz sein, was sie alles geschafft hat und was alles möglich war, und nicht traurig sein wegen dem, was aufgrund von Corona nicht veranstaltet werden konnte. Danke, liebe Andrea!

Danke auch der Frau Vizepräsidentin für die sehr gute und objektive Vorsitzführung.

Ich wünsche dem neu gewählten Vizepräsidenten und der Vizepräsidentin alles Gute für das nächste Halbjahr und dem kommenden Präsidenten, Christian Buchmann, aus dem Vorsitzland Steiermark für das nächste Halbjahr, das mit 1.1.2021 mit einem ganz ambitionierten Programm beginnt, ein herzliches steirisches Glückauf! – Frohe Weihnachten! (*Beifall bei ÖVP, SPÖ und Grünen sowie des Bundesrates **Arlamovsky**.*)

15.43

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Vielen Dank für die guten Wünsche.

Ich darf nun Herrn Vizekanzler Mag. Werner Kogler um seine Stellungnahme bitten. – Bitte.

15.43

Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler: Frau Vorsitzende! Nur ein paar Anmerkungen zu den Themen der Tagesordnung und vielleicht auch zu dem, was darüber hinaus gesagt wurde. Die Bezügeregung, die mit in Diskussion steht, ist auf parlamentarischer Ebene ausverhandelt worden; das wissen Sie ja. Ich möchte nur der Vollständigkeit halber – nicht nur für mich selber, sondern auch für die Regierungskollegen – darauf hinweisen, dass wir im Ergebnis natürlich null Problem damit haben, falls das etwa irgendwo anders dargestellt werden sollte.

Bei der Gelegenheit möchte ich zusätzlich daran erinnern, dass es erst im Mai dieses Jahres so war, dass jedes Mitglied der Bundesregierung insoweit auf ein ganzes Monatsgehalt verzichtet hat, als eine mindestens das Nettogehalt umfassende Summe jeweils an Institutionen gespendet wurde, die entsprechend ausgewählt wurden. Das kann man ja auch in öffentlichen Quellen nachlesen – nur für den Fall, dass man sich da irgendwelche Sorgen machen sollte. (*Beifall bei Grünen und ÖVP.*)

Es wurden die Wirtschaftshilfen angesprochen, die ich nicht ganz in Zusammenhang mit den diskutierten Tagesordnungspunkten bringen kann. Aber es ist dann halt von Vertretern auf der Regierungsbank nicht einfach nur hinzunehmen, wenn alles Mögliche behauptet wird, aber ziemlich sicher an allem vorbei, wie es wirklich läuft. Ich denke, bei diesen Hilfen kann man viel darüber diskutieren, wie schnell und wie gut sie gegriffen haben, jedenfalls haben wir mittlerweile nicht nur hohe Zufriedenheit, sondern wir haben auch hohe und höchste Auszahlungsbeträge.

Jetzt weiß ich schon, dass es nicht immer angezeigt ist, europäische Vergleiche anzustellen, obwohl alle in einer ähnlichen Situation sind, aber wagen Sie, bitte schön, den

Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

Blick über die Grenzen! Sowohl dem Umfang als auch der Geschwindigkeit nach zählen wir mittlerweile zumindest teilweise zu den Schnellsten und vergeben die höchsten Auszahlungsbeträge an die jeweiligen Zielgruppen, die sie auch wirklich brauchen; das ist ja auch gar nicht der Punkt. Da könnte man jetzt alle Maßnahmen anführen, das kann man aber im Protokoll nachlesen. Also das ginge vom Härtefallfonds bis hin zur Maßnahme des Umsatzersatzes, die zuletzt noch erwähnt wurde. Die wird jetzt, wie das richtig berichtet wurde, über das Finanzamt, also nicht über das Ministerium, sondern über das Finanzonline-System abgewickelt.

Ich möchte schon darauf hinweisen und den Finanzminister an dieser Stelle nicht nur in Schutz nehmen, sondern auch ausdrücklich dafür loben, dass wir damit die Situation in Österreich genutzt haben, nämlich dass Finanzonline bei uns schon länger existiert. Die Bundesrepublik hat das haarscharf gleiche Instrument zwar früher öffentlich ausgelobt, aber die haben noch immer keinen Pfennig ausbezahlt, weil sie das entsprechende System noch gar nicht haben, weil sie nämlich föderal organisiert sind und zuerst einmal eine bundesweite IT hinbringen müssen. Vielleicht haben sie ein solches System jetzt gerade.

Ich sage das nur deshalb dazu, weil ich ja wirklich für jede Debatte offen bin. Ich werde mich heute hüten, ich habe da ja das letzte Mal das parlamentarische Gremium Bundesrat sicher bis an die Grenze strapaziert, das habe ich heute nicht vor, es muss aber auch irgendwer das einmal sagen. Ich liebe diese Debatten an sich und es ist nicht immer Aufgabe der Regierungsbank, aber: Wenn zu 90 Prozent an der Wirklichkeit vorbei debattiert wird, dann möchte man halt versuchen, das wenigstens ein bisschen ins Lot zu bringen. *(Beifall bei Grünen und ÖVP. – Ruf bei der FPÖ: Und wer bestimmt das Lot?)*

Ja, diese Debatte habe ich mit dem Regierungspartner auch öfter. Das ist eine sehr produktive philosophische Frage. Wir leben in einer Wirklichkeit, andere auch. Ja, das ist dann halt die dritte Welt; ob das die beste ist, ist eine andere Frage. Ich meine, es gibt ohnehin nur eine Welt, die wir gemeinsam verbessern wollen und sollen, und genau das hätten wir ja auch vor. Da passen dann auch all die Maßnahmen im sozialen Bereich hinein. Es ist ja auch der Herr Sozialminister hier, ich brauche mich da also nicht lange auszubreiten.

Man kann einzelne Maßnahmen im Pensionsbereich so oder so sehen. Es soll halt nicht unerwähnt bleiben, dass wir mit der generellen Pensionserhöhung – neben den Adaptierungen, die es gegeben hat – jetzt auf 1 000 Euro Mindestpension gekommen sind. Das waren an dieser Stelle 3,6 Prozent Erhöhung. So etwas kommt nicht immer vor. Das haben wir bei vielen Bundeskanzlern, die noch nie Grüne waren, selten gesehen, muss ich sagen.

Das betrifft in der Fortfolge auch die Erhöhung der Mindestsicherung, die von dieser Seite *(in Richtung SPÖ weisend)* so häufig eingefordert wird. Das war auch nicht allen recht – das darf man auch so oder so sehen. Es ist jedenfalls gekommen und damit auch eine Erhöhung der Mindestsicherung für die Kinder. Das sage ich nur für den Fall, dass Sie das in Ihren nächsten Reden vielleicht doch beherzigen wollen, um da insgesamt abzuwägen.

Ja, es stimmt: Die Hacklerregelung ist weg, dafür ist etwas anderes da. Ich will mich da nicht lange aufhalten. Die Überlegung zur Zielsteuerung ist da genau die gleiche gewesen, nämlich tendenziell, und das tritt auch ein, Frauen stärker zu fördern und befördern. Man kann sagen, es ist noch zu wenig, okay, aber tendenziell ist in diese Richtung zu arbeiten. Das gilt auch für den Austausch der Hacklerregelung, für die wir, wie wir meinen, einen besseren Ersatz gefunden haben.

Ich akzeptiere, dass die Bezeichnung FrühstarterInnenbonus aus Ihrer Sicht nicht glücklich gewählt ist – wie auch immer. Die Namensgebung, heutzutage das Wording, ist ein

Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

eigenes Problem in der Politik, okay. Reden Sie aber nicht weg, dass die Frauen davon sehr viel mehr profitieren als von der alten Regelung, von der Sie beklagen, dass sie zu Grabe getragen worden ist. Ja, sie ist weg. Wir haben entschlossen gehandelt. Das war dieser Regierung von Anfang an klar aufgrund dessen, dass wir mit ähnlich hohen Beträgen die Frauen besserstellen wollten, und das ist auch gelungen. Das können Sie mit Volksschulmathematik nachvollziehen, wenn Sie guten Willens sind. Das darf ja sein. *(Beifall bei Grünen und ÖVP. – Zwischenrufe der Bundesrätinnen **Schumann** und **Grimling**.)*

Man darf es auch anders wollen, ich akzeptiere das ja. Ich akzeptiere natürlich, dass über die Arbeitslosenversicherung verschiedene Vorstellungen existieren, aber ich weiß gar nicht immer, was da am Schluss das Beste ist.

Wir werden auch überhaupt über eine Reform nachdenken. *(Bundesrätin **Schumann**: Oje!)* – Ja, ja, das schadet ja nicht! Nehmen Sie aber zur Kenntnis, dass 900 Euro für Arbeitslose, die geringe Arbeitslosenbezüge bekommen, auch schon viel Geld ist, denn sonst – wenn wir nämlich meinen, 900 Euro sind nichts mehr wert, gerade für diese – müssten wir uns ja dem Vorwurf aussetzen, dass wir abgehoben sind. Und wenn Sie nachrechnen, werden Sie sehen, dass es gar nicht so wenige sind, die jedenfalls für diese sechs Monate eine Erhöhung auf 70 Prozent erfahren haben. Auch das kann man so oder so sehen, wir waren uns dabei auch nicht immer einig. Ich möchte nur haben, dass Sie es zur Kenntnis nehmen – und nicht nur, weil Advent ist. Sie fordern ja immer die politische Redlichkeit ein. *(Beifall bei den Grünen und bei BundesrätInnen der ÖVP. – Bundesrätin **Schumann**: Tun wir eh!)*

Ja, natürlich kann man das so sehen oder hören, dass täglich das Murmeltier grüßt. Wissen Sie, das ist schon klar, denn es kommt auch täglich das Virus. Das ist nicht weg! Deshalb gibt es auch Maßnahmen, die nachgeschärft werden, im Übrigen auch wieder gelockert werden. Ja, da passieren Fehler, das ist völlig logisch, auch in anderen Ländern, aber das ist nicht weg. *(Zwischenruf des Bundesrates **Ofner**.)* Und das Virus grüßt nicht, das Virus ist heimtückisch, weil es die meisten gar nicht bemerken. Ungegrüßt rennen Sie damit herum und geben es ungegrüßt anderen weiter. Das ist das Problem dieser Pandemie. So schaut es aus!

Manche bekommen leichte Symptome – okay, die können wir vielleicht herausfischen -, manche schwere. Das ist alles nicht lustig! Es gibt immer mehr Leid, und immer mehr Menschen fallen diesem heimtückischen Virus zum Opfer.

So, jetzt kann man sagen, daran ist auch noch die Politik schuld. Na ja, das ist schwierig. Es ist für mich nämlich immer dann von Interesse, wenn diejenigen im Nachhinein sagen, es hätte mehr gemacht gehört, die vorher gemeint haben, es gehe zu wenig schnell auf. Das habe ich mir schon im Notizbuch vermerkt! Insgesamt kann man das immer bewerten und abwägen. Ich will ja dem Gesundheitsminister nicht vorgehen, mir geht es nur darum, wie die Gesamtkoordinierung in der Regierung läuft.

Weil wir in einem föderalen Gremium sind: Ja, das mit den Alten- und Pflegeheimen ist sicher nicht leicht. Das ist sicher nicht leicht. Nur, ich nehme – damit er es nicht immer selber tun muss – den Bundesminister nicht nur ausdrücklich in Schutz, sondern möchte auch sagen, er hat diesbezüglich schon vor Monaten Vorgaben gemacht. Ganz am Anfang waren es entsprechende Richtlinien, mittlerweile sind es in den Verordnungen nachgeschärfte – gerade was die Testungen betrifft – Vorgaben. Wir hätten aber schon zunächst und zuvor – und so viel Kritik bringe ich hier schon an – die Hoffnung gehabt, dass es auch dort entlang funktioniert, wo bei den Pflegeheimen und Altenheimen die eigentliche Zuständigkeit ist, und das ist zu 99 Prozent Länderkompetenz. Das wollen wir nicht ganz vergessen, gerade in solch einem Gremium.

Und siehe da – mich beschäftigt das auch immer mehr –: Verschiedene Bundesländer haben ganz unterschiedliche Entwicklungen betreffend die Zahlen. Leider, leider, leider

Bundesminister für Kunst, Kultur, öffentlichen Dienst und Sport Vizekanzler Mag. Werner Kogler

schaut es in meinem Heimatbundesland ganz schlecht aus. Dem wird man durchaus nachgehen dürfen, weil es schon auffällig ist, dass man in manchen Bundesländern eine exorbitant höhere Infektionsrate hat, und im Übrigen in solch einem Alter dann halt auch tragischerweise – man muss es aussprechen dürfen – auch eine höhere Todesrate. Und das korreliert auch, das sehen Sie, wenn Sie sich die Zahlen anschauen.

Wir sind ja bereit, das aufzunehmen. Ich habe es jetzt nicht deshalb aufgegriffen, um Gesundheitsminister zu spielen, der ja ohnehin anwesend ist, sondern um dafür zu werben, dass wir miteinander viel zu tun haben und dass wir dabei auch noch besser werden können, hundertprozentig auch in der Abstimmung. Ich habe es erwähnt und wollte dem nicht vorgreifen.

Ich bin seit den letzten zwei, drei Konferenzen mit den Landeshauptleuten wirklich sehr, sehr zuversichtlich, dass wir wieder gemeinsam in die gleiche Richtung marschieren, im Übrigen mit dem neuen Konzept: erstens: Zahlen runterdrücken, sprich Lockdown – ja, das ist einer –, zweitens: testen – einerseits Berufsgruppen, insbesondere jene, die sehr viel Nähe und Kontakt zu anderen haben, dann regional testen – und auch wieder regional Maßnahmen ergreifen, insbesondere das Testen, Tracen und Absondern, das dann wieder gehen wird, wenn die Zahlen weit genug unten sind. Davor ist es eine Illusion, das muss man so sagen.

Das darf man kritisieren, aber wir wollen es dorthin bringen. Dann kann man wieder einen Zwischenstart im neuen Jahr machen. Und ich bin da – die Vorvordnerin hat es, glaube ich, angesprochen – tatsächlich zuversichtlich und hoffnungsvoll. Das darf man aber nur sein, wenn wir entschlossen dranbleiben. Ja, und sie hat recht: am besten dann doch gemeinsam! *(Beifall bei Grünen und ÖVP.)*

15.54

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Zu einer Stellungnahme hat sich Herr Bundesminister Rudolf Anschober zu Wort gemeldet. – Bitte, Herr Bundesminister.

15.54

Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober: Geschätzte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Als quasi Doppelpunkt von der Regierungsbank aus auch ein paar Anmerkungen und Bemerkungen von meiner Seite. Ich bin jetzt beinahe schon seit einem Jahr bei diesen Debatten im Bundesrat dabei. Ich möchte mich bedanken, das waren größtenteils recht ambitionierte, vor allem engagierte Debatten, von allen Seiten engagiert geführt. Wir haben ja heute wahrscheinlich die letzte Sitzung in diesem Jahr – wer weiß! *(Allgemeine Heiterkeit. – Bundesrat Steiner: Der war gut! – Bundesrat Schennach: Wahrscheinlich!)* – Schauen wir einmal.

Ich freue mich wirklich auf das nächste Jahr und die Debatten, die wir dann führen werden; in einem Jahr, in dem wir, wie ich hoffe, bei der Bekämpfung dessen, was unser wirklicher Gegner ist, noch erfolgreicher sein werden. Der sitzt nicht hier in der anderen Bank, der Gegner dieses Jahres ist ein Virus.

Es ist ein sehr ungewöhnliches Jahr, das Virus hat uns dieses Jahr hindurch extrem beschäftigt, es hat das Leben von uns allen extrem verändert. In Wirklichkeit ist kein Stein auf dem anderen geblieben. Ich kenne Ihre Lebenssituation nicht, ich kann es nur von meiner sagen, und die hat sich in diesem Jahr wirklich sehr verändert, und ich weiß, dass es bei jedem und jeder Einzelnen so ist. Nichts ist so gelaufen, wie wir es geplant gehabt hätten. Erinnern Sie sich vielleicht eine Sekunde daran, wie das zu Silvester 1919 gewesen ist, wie wir gesessen sind und was wir uns betreffend dieses Jahr vorgestellt haben. *(Bundesrat Steiner: 1919?!)* – Entschuldigung, 2019! So lange ist es doch noch nicht her, aber das zeigt, wie intensiv dieses Jahr für mich gewesen ist. *(Heiterkeit des Redners.)*

Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober

Liebe Kolleginnen und Kollegen, natürlich hat es auch den einen oder anderen Redebeitrag gegeben, bei dem ich innerlich ein bisschen gekocht habe, um das auch ganz ehrlich zu sagen, bei dem ich mir gedacht habe, da bin ich jetzt ein bisschen ungerecht behandelt worden oder wir sind ungerecht behandelt worden. So geht es uns aber einfach, das ist demokratische Kultur, das ist normale Auseinandersetzung im politischen Bereich. Nachher geben wir uns dann doch die Hand – nein, wir können es ja nicht, aber bildlich gesprochen – und sind wieder auf einer vernünftigen Art und Weise in dem Sinn unterwegs, was unsere Aufgabe ist, nämlich für die Bevölkerung in Österreich zu arbeiten und das Bestmögliche daraus zu machen.

Da gibt es unterschiedliche Zugänge, manchmal haben wir unterschiedliche Prioritäten, manchmal findet man, die eine Geschichte ist eine Fehlentscheidung – und dass die andere Geschichte gut war, können wir nicht sagen, weil wir halt in unserer Partei tätig sind. In Wirklichkeit leben wir aber in einem Land, das es schon vergleichsweise sehr gut hat – auch in dieser Krise. Wir versuchen, in dieser Situation das Beste daraus zu machen.

Vielleicht noch ein kritischer Satz, denn es wäre ja sehr ungewöhnlich, wenn von der Regierungsbank, auch von meiner Seite her, überhaupt kein kritisches Wort käme: Ich habe vorhin eine Rede gehört, bei der ganz am Schluss die Aussage gekommen ist: „weg vom Glauben und hin zu den Fakten“ – das kam von Herrn Bundesrat Hübner. Dann habe ich von ihm gehört – und da frage ich mich wirklich, ob er das ernst gemeint hat –, wir machen einen Lockdown, nur „weil das jetzt Mode ist“. (*Heiterkeit der Bundesräte Seeber und Schennach.*) Lieber Kollege Hübner, entweder Sie wissen nicht, was Mode ist, oder Sie wissen nicht, was ein Lockdown ist, oder Sie wissen nicht, was es heißt, sich Nächte hindurch den Kopf zu zermartern, was wir in einer solch ausweglosen Situation, in der wir manchmal bei dieser Pandemiebekämpfung sind, am besten tun können, und dabei die Grundrechte von Millionen von Bürgerinnen und Bürgern zu beeinträchtigen. Und das ist es: Es ist ein schlimmer Schritt, einen Lockdown zu realisieren.

Das ist weder Mode noch lustig, noch sonst irgendetwas. Das ist eine Notbremsung in einer Situation, in der es keine Alternative mehr gibt. Auch wenn es vielleicht manchmal in dieser Diagonale (*in Richtung FPÖ*) ein bisschen wenig Fairness im Umgang gibt, ersuche ich zumindest um eines, nämlich die Arbeitssituation von Pflegerinnen und Pflegern, von Ärztinnen und Ärzten in den Intensivstationen ernst zu nehmen. (*Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates Arlamovsky. – Bundesrat Ofner: Die habt ihr am wenigsten geschützt!*)

Ich habe jüngst mit einer Pflegerin gesprochen und darf sie übermorgen in Linz noch einmal treffen – ich sage wirklich darf, weil ich das ernst meine. Sie nimmt sich Zeit für mich, um mir ihre Arbeitssituation zu schildern. Die stehen 12 Stunden in der Schutzkleidung. Wissen Sie, was das heißt, 12 Stunden schweißgebadet, alle zwei Stunden duschen zu müssen, weil man über und über voller Schweiß ist? Viele von ihnen sind in einer Intensivstation nicht angelernt, haben nie gelernt, dass sie mit Tod umgehen müssen, haben nie gelernt, was es bedeutet, wenn in der entsprechenden intensivmedizinischen Fachabteilung zig Menschen mit dem Tod ringen und um das Leben kämpfen. Das ist extrem schwierig.

Ich ersuche um zumindest so viel Wertschätzung diesen Menschen gegenüber, dass man korrekte Reden hält, und ich ersuche darum, zu schweigen, wenn man die Situation nicht kennt. (*Beifall bei Grünen und ÖVP sowie des Bundesrates Arlamovsky.*)

Als Vorletztes, weil mir das ein großes Anliegen ist, wieder zum Erfreulichen: Etwas, das ich mir auch wünsche – jetzt ist es schon fast, als ob Weihnachten vor der Tür stehen würde –, ist, dass wir das, was gestern an Großem passiert ist, nämlich die Zulassung des ersten Impfstoffes zur Bekämpfung dieser Pandemie, nicht zerreden.

Bundesminister für Soziales, Gesundheit, Pflege und Konsumentenschutz Rudolf Anschober

Bitte, liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht doch nicht um Impfpflicht, niemand will eine Impfpflicht. Es geht nicht um Impfwang, niemand will einen Impfwang. Es geht vielmehr darum, dass wir diese ganz große Chance, die es jetzt gibt, bestmöglich nützen, eine Chance, die die Wissenschaft erarbeitet hat. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schennach**.*) – Ich kann nicht sagen, dass ich mit allen Redebeiträgen, die es zu diesem Thema gegeben hat, geschätzter Kollege Schennach, einverstanden gewesen wäre.

Das meine ich ja damit: Nehmen wir doch diese Chance her und nützen wir Sie! Das ist die einzige Chance, die wir derzeit gegen die Pandemie haben. Das ist die einzige Möglichkeit, die wir haben, um das Leben wirklich zu schützen. Verunsichern wir die Bevölkerung nicht, sondern treten wir doch gemeinsam auf, all jene, die pro Impfung eingestellt sind, die etwas Positives in diesem Land wollen (*Zwischenrufe bei der SPÖ*), und vertreten wir das gemeinsam! Bewerben wir es gemeinsam! Nützen wir diese Chance gemeinsam! Das wäre meine Bitte.

Zum Schluss: Ich wünsche Ihnen und euch erholsame Feiertage und dass das Jahr 2021 ein besseres werde als das Jahr 2020. Alles Gute! (*Beifall bei Grünen, ÖVP und SPÖ sowie des Bundesrates **Arlamovsky**.*)

16.01

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Zu Wort gemeldet ist Herr Bundesrat Christoph Steiner. – Bitte, Herr Fraktionsobmann, ich erteile es Ihnen.

16.02

Bundesrat Christoph Steiner (FPÖ, Tirol): Frau Präsidentin! Herr Minister, jetzt haben Sie mich geradezu noch einmal herausgefordert, hier herauszugehen. Eigentlich wollte ich es aufgrund des Weihnachtsfriedens nicht tun. (*Ruf bei der ÖVP: Tu, was du willst!*)

Sie haben jetzt Äußerungen meiner Fraktionskollegen herausgepickt und komplett aus dem Zusammenhang gerissen. Sie haben jetzt hier in Ihrer Rede gesagt, wir sollen doch schweigen. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schreuder**.*)

Eines, Herr Minister, kann ich Ihnen jetzt noch in Ihr Stammbuch schreiben: Wir haben hier herinnen als freie Mandatare das freie Rederecht, und dieses lassen wir uns von einer Regierung oder von einem Minister, der so agiert wie Sie, mit Sicherheit nicht nehmen! (*Beifall bei der FPÖ.*)

Herr Kollege Bader wirft anderen vor, die Unwahrheit zu sagen, und stellt sich dann hier heraus und tut dies in jedem zweiten Satz. – Herr Kollege Bader, Sie haben behauptet, wir seien gegen Impfungen. – Allein heute hat Ihnen – ich rede jetzt gar nicht von den anderen Bundesratssitzungen – als Erste Frau Steiner-Wieser erklärt, dass wir nicht gegen Impfungen sind, sondern gegen einen Impfwang. Dann hat Ihnen Herr Kollege Schilchegger sehr genau erklärt, dass wir nicht gegen Impfungen sind, sondern gegen einen Impfwang. Zum Schluss hat es Ihnen Herr Hübner noch einmal erklärt.

Jetzt weiß ich nicht: Ist es wirklich bei Ihnen abhandengekommen, dass man sinnerfassend zuhören kann? Also ich frage mich wirklich: Wie oft muss man es noch erklären?

Dann haben Sie behauptet, uns wäre egal – Herr Kollege Bader, schauen Sie mich an, nicht auf das Handy! –, dass die Krankenhäuser überlastet sind. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schreuder**.*) Jetzt sage ich Ihnen einmal etwas: Vor der Coronakrise war das der ÖVP komplett wurscht. (*Beifall bei der FPÖ.*) In den letzten 20 Jahren war es euch egal, ob die Ärztinnen und Ärzte in den Intensivstationen 24 Stunden lang durchgearbeitet haben. (*Zwischenruf des Bundesrates **Schreuder**.*) Gekürzt habt ihr im Gesundheitsbudget!

Bundesrat Christoph Steiner

Dann wird uns noch vorgeworfen, wir seien so böse und tragen keine Masken. In 70 Prozent der Fälle – ich muss nur zu euch schauen; ja, genau (*in Richtung Bundesrat Schwindsackl*), setzen Sie sie richtig auf! – tragt ihr nämlich eure Masken auch noch falsch. Ich frage mich, warum dann von euch immer mehr krank sind als von uns.

Es sei mir noch gestattet, Folgendes zu den Todesfällen zu sagen: Jeder Todesfall in Österreich ist schlimm, egal, warum und woran jemand stirbt. Wenn man aber die Coronatoten – es war ja ganz interessant; im Teletext ist es gestanden – jetzt so zählt, dass jemand, der einen Monat zuvor an Corona erkrankt ist und dann einen Autounfall hat und dabei ver stirbt, auch gezählt wird, dann frage ich mich schon, ganz ehrlich: Was stimmt in diesem System nicht?

Zum Abschluss noch: Es tut mir wirklich leid, wenn es anscheinend ein Facebook-Posting auf einer FPÖ-Seite gegeben hat, in dem Abgeordnete – in den Kommentaren – persönlich verletzt worden sind. (*Bundesrat Raggi: Von eurem Klubobmann!*) Sollte das wirklich stimmen – ich werde mir das genau anschauen –, werde ich natürlich veranlassen, dass das gelöscht wird.

Ich darf aber auch dazusagen: Das ist für uns an der Tagesordnung. Wir freiheitliche Mandatäre werden täglich beleidigt und untergriffig angegriffen (*Oh-Rufe bei der SPÖ*), aber das macht uns nichts aus.

Sollte das aber stimmen – ich werde mir das anschauen –, dann werde ich veranlassen, dass das gelöscht wird. Das ist eine Selbstverständlichkeit. (*Beifall bei der FPÖ.*)

Zum Schluss, weil Weihnachten vor der Tür steht, darf ich Ihnen zu Weihnachten all das wünschen, was Sie auch mir wünschen. (*Beifall bei der FPÖ. – Heiterkeit bei BundesrätInnen der ÖVP. – Ruf: Frohe Weihnachten!*)

16.06

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Herr Fraktionsobmann Karl Bader hat sich zu einer **tatsächlichen Berichtigung** zu Wort gemeldet. – Bitte.

16.06

Bundesrat Karl Bader (ÖVP, Niederösterreich): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Mitglieder der Bundesregierung! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu einer tatsächlichen Berichtigung zu Wort gemeldet.

Ich habe hier heraußen gesagt, dass die FPÖ gegen Impfzwang ist, ich aber nicht deswegen sage, dass Sie gegen Impfungen sind, sondern weil Sie dagegen argumentieren. (*Bundesrat Steiner: Das ist doch keine tatsächliche Berichtigung!*) Das hat Kollege Spanring getan. (*Bundesrat Spanring: Was habe ich gesagt?*) Ich habe gesagt, die FPÖ – in der letzten Sitzung – hat gegen die Impfung argumentiert. – Das ist der erste Punkt. (*Bundesrat Steiner: Das ist doch keine tatsächliche Berichtigung!*)

Zweitens: Die Situation in den Krankenhäusern sei der FPÖ egal, habe ich nicht behauptet. (*Bundesrat Steiner: Das ist keine tatsächliche Berichtigung!*) Ich habe gesagt, Herr Kollege Hübner hat hier eine Argumentation gewählt, die im Umkehrschluss zulassen würde, dass die Leute, die in den Krankenhäusern arbeiten, „bis zum Umfallen hackeln“ sollen. (*Bundesrat Steiner: Das ist keine tatsächliche Berichtigung!*)

Zum Dritten möchte ich auch noch sagen: Es ist nichts passiert, was ohne Schuld des Herrn Kickl, was das Posting betrifft, passiert ist, sondern es wurde von Herrn Kickl auf dieser Seite die Frau Kollegin wegen eines Hustenreizes und weil sie ein Glas genommen hat, an den Pranger gestellt, und dann gab es diese Stellungnahme dazu. Das heißt, an den Pranger gestellt wurde die Frau Kollegin von der Freiheitlichen Partei beziehungsweise vom Klubobmann. (*Zwischenruf des Bundesrates Steiner.*)

16.08

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wünscht noch jemand das Wort? – Das ist nicht der Fall. Die Debatte ist geschlossen.

Wir kommen zu den **Abstimmungen**, die über die gegenständlichen Tagesordnungspunkte getrennt erfolgen. – Bitte bleiben Sie auf Ihren Plätzen!

Wir gelangen zunächst zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein 2. Sozialversicherungs-Änderungsgesetz 2020.

Dieser Beschluss ist ein Fall des Art. 44 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz und bedarf daher der in Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder und mit einer Mehrheit von mindestens zwei Dritteln der abgegebenen Stimmen zu erteilenden Zustimmung des Bundesrates.

Ich stelle zunächst die für die Abstimmung erforderliche Anwesenheit der Mitglieder des Bundesrates fest.

Wir gelangen zunächst zur Abstimmung, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag, keinen Einspruch zu erheben, ist somit **angenommen**.

Nunmehr lasse ich über den Antrag abstimmen, dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 Bundes-Verfassungsgesetz die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen.

Ich bitte jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die diesem Antrag zustimmen, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der gegenständliche Antrag ist somit unter Berücksichtigung der besonderen Beschlusserfordernisse **angenommen**.

Ausdrücklich stelle ich die verfassungsmäßig erforderliche Zweidrittelmehrheit fest.

Wir gelangen nun zur Abstimmung über den Beschluss des Nationalrates vom 21. Dezember 2020 betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesbezügegesetz geändert wird.

Ich ersuche jene Bundesrätinnen und Bundesräte, die dem Antrag zustimmen, gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, um ein Handzeichen. – Das ist die **Stimmeneinhelligkeit**. Der Antrag ist somit **angenommen**.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Verlesung eines Teiles des Amtlichen Protokolls

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Es liegt mir ein schriftliches Verlangen von fünf Mitgliedern des Bundesrates vor, das Amtliche Protokoll hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 1 und 2 zu verlesen, damit dieser Teil des Amtlichen Protokolls mit Schluss der Sitzung als genehmigt gilt.

Ich werde daher so vorgehen und verlese nunmehr diesen Teil des Amtlichen Protokolls:
„Tagesordnungspunkt 1 und Tagesordnungspunkt 2:

Abstimmungen:

TO-Punkt 1: Berichterstattung: Antrag,

1. gegen den vorliegenden Beschluss des Nationalrates keinen Einspruch zu erheben, wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit),

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

2. dem vorliegenden Beschluss des Nationalrates gemäß Art. 44 Abs. 2 B-VG die verfassungsmäßige Zustimmung zu erteilen, wird bei Anwesenheit von mehr als der Hälfte der Mitglieder des Bundesrates mit Stimmeneinhelligkeit (und zwar mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit) angenommen.

TO-Punkt 2: Berichterstattung: Antrag, keinen Einspruch zu erheben, wird angenommen (mit Stimmeneinhelligkeit).“

Erheben sich Einwendungen gegen die Fassung oder den Inhalt dieses Teils des Amtlichen Protokolls? – Das ist nicht der Fall.

Das Amtliche Protokoll gilt daher hinsichtlich der Tagesordnungspunkte 1 und 2 gemäß § 64 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Bundesrates mit Schluss dieser Sitzung als **genehmigt**.

Einlauf und Zuweisungen

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler: Nun gebe ich bekannt, dass seit der letzten beziehungsweise in der heutigen Sitzung insgesamt eine Anfrage, 3819/J-BR, eingebracht wurde.

Eingelangt ist der Entschließungsantrag 284/A(E)-BR der Bundesräte MMag. Dr. Michael Schilchegger, Kolleginnen und Kollegen betreffend „die verbesserte strafrechtliche Sanktionierung einer vorsätzlichen Schädigung des geschützten Tier- oder Pflanzenbestandes (§ 181f StGB)“, der dem Justizausschuss **zugewiesen** wird, und

der Entschließungsantrag 285/A(E)-BR der BundesrätInnen Marlies Steiner-Wieser, Kolleginnen und Kollegen betreffend „ein Verbot des betäubungslosen Schächtens“, der dem Gesundheitsausschuss **zugewiesen** wird.

Die Einberufung der **nächsten** Sitzung des Bundesrates wird auf schriftlichem Wege erfolgen. Als Sitzungstermin wird Donnerstag, der 28. Jänner 2021, 9 Uhr, in Aussicht genommen.

Für die Tagesordnung dieser Sitzung kommen insbesondere jene Beschlüsse in Betracht, die der Nationalrat bis dahin verabschiedet haben wird, soweit diese dem Einspruchsrecht beziehungsweise dem Zustimmungsrecht des Bundesrates unterliegen.

Die Ausschussvorberatungen sind für Dienstag, den 26. Jänner 2021, 14 Uhr, vorgesehen.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, da das hoffentlich die letzte Sitzung in diesem Jahr sein wird, darf ich mich noch einmal bei Ihnen allen für das Miteinander in diesem Halbjahr meines Vorsitzes sehr, sehr herzlich bedanken. Insbesondere bedanke ich mich bei Frau Vizepräsident Grossmann und bei Herrn Vizepräsidenten Buchmann für die kollegiale Führung der Sitzungen, für das gute Miteinander im Präsidium.

Ich wünsche Ihnen frohe Weihnachten, alles Gute im neuen Jahr und hoffe, dass wir uns dann alle gesund wiedersehen.

Die Sitzung ist **geschlossen**. (Allgemeiner Beifall.)

Präsidentin Dr. Andrea Eder-Gitschthaler

Schluss der Sitzung: 16.13 Uhr

